

PATRICIA WIATER

Internationale Individualkläger

Jus Internationale et Europaeum

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn und Christian Walter

171



Patricia Wiater

Internationale Individualkläger

Ein Vergleich des Zugangs zu Gericht im
Wirtschaftsvölkerrecht

Mohr Siebeck

Patricia Wiater, geboren 1982; Studium der Rechtswissenschaft und Studium der Politikwissenschaft und Neueren Deutschen Literaturwissenschaft (M.A.) in Augsburg; 2008 binationale juristische Promotion an den Universitäten Straßburg und Leipzig (Dr. iur.); 2010 Zweites Staatsexamen in Freiburg; 2011–16 Regierungsrätin am Bayerischen Wissenschaftsministerium; 2012 politikwissenschaftliche Promotion an der Universität Freiburg (Dr. phil.); Akademische (Ober-)Rätin am Institut für Politik und Öffentliches Recht an der Ludwig-Maximilians-Universität München; seit 2018 Tenure-Track-Juniorprofessorin an der Universität Erlangen-Nürnberg; 2019 Habilitation (LMU München).

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 445361065.

ISBN 978-3-16-159360-4 / eISBN 978-3-16-159361-1

DOI 10.1628/978-3-16-159361-1

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck aus der Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Für Alexander

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 2019 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden im Herbst 2019 aktualisiert.

Eines meiner wissenschaftlichen Kerninteressen, das sich nach und nach in der Wahl des Habilitationsthemas konkretisierte, gilt – abstrakt gesprochen – dem Status, den nichtstaatliche Akteure im Völkerrecht genießen. Rasch realisierte ich im Laufe meiner Recherchen, dass Stand und Reichweite einer *prozessualen* Autonomisierung des Einzelnen im gegenwärtigen Diskurs um dessen völkerrechtliche Stellung noch nicht vertieft behandelt wurden.

Speziell das Wirtschaftsvölkerrecht als Referenzgebiet für eine Analyse des Individualzugangs zu Gericht heranzuziehen, erwies sich als erkenntnisreich: Eine EU-zentrierte Betrachtung regionaler Wirtschaftsintegration konnte um europäische/eurasische, afrikanische und amerikanische Systeme erweitert werden, die aus einer historischen und vergleichenden Perspektive betrachtet reiches Anschauungsmaterial bieten. Der *Erste Teil* der Studie, in dem neben der regionalen Wirtschaftsintegration der Individualzugang zu Gericht im Seevölkerrecht und im internationalen Investitionsschutz behandelt wird, ist vor diesem Hintergrund bewusst so verfasst, dass in Einzelanalysen Grundlagenkenntnisse zur jeweiligen prozessualen Ermächtigung natürlicher und juristischer Personen präsentiert werden. Der *Zweite Teil* dient einer systematisierenden Zusammenschau und vergleichenden Kategorisierung der in den Einzelanalysen gewonnenen Ergebnisse. Eine Kernerkenntnis der Studie, die im *Dritten Teil* grundgelegt wird, ist, dass die Funktion von Individualklagerechten systemübergreifend über reine Rechtsschutzbelange hinaus ausgebaut und in verschiedener Intensität auf eine Kontrolle staatlicher Legalität erstreckt wird. In der Praxis der betrachteten Gerichte wird natürlichen und juristischen Personen dadurch eine prozessuale Schlüsselrolle überantwortet, die im Rechtsprinzip einer „umfassenden Parteifähigkeit des Individualklägers“ kulminiert.

Im Verlauf der Habilitationszeit hatte ich verschiedene Hüte auf: Ich war Regierungsrätin am Bayerischen Wissenschaftsministerium, durch die Bayerische Gleichstellungsförderung finanzierte Mutter in Elternzeit, akademische Rätin/Oberrätin am Institut für Politik und Öffentliches Recht der LMU München und bin seit dem Wintersemester 2018/2019 Inhaberin einer Tenure-Track-Pro-

fessur für Öffentliches Recht, insb. Grund- und Menschenrechtsschutz an der FAU Erlangen-Nürnberg. Was diese Etappen begleitet und zusammengehalten hat, war der beständige und verlässliche Fördergeist sowie die loyale Unterstützung meines akademischen Lehrers Prof. Dr. *Rudolf Streinz*. Mit Herrn Streinz zusammenzuarbeiten bedeutet, juristische Fachkunde, hochschulpolitisches Geschick und eine Menschenfreundlichkeit kennenzulernen, die Maßstäbe setzen. Dafür danke ich ihm von Herzen. Der gute Geist, der von Rudolf Streinz ausgeht, strahlte auch auf das Zusammengehörigkeitsgefühl des Lehrstuhlteams aus, dem ich sehr gerne angehörte. Danksagen möchte ich meinen lieben Kolleginnen und Kollegen des Lehrstuhls, stellvertretend, weil wir die längste Zeit miteinander verbracht haben, meinen Mit-Habilitanden Dr. *Martin Heidebach* und Dr. *Walther Michl*.

Die Bereitschaft zum konstruktiven, fördernden Austausch habe ich auch auf Seiten von Herrn Prof. Dr. *Christian Walter* und Herrn BVR Prof. Dr. *Peter M. Huber* als Mitglieder meines Fachmentorats sehr geschätzt. Hierfür sei ihnen herzlichst gedankt, Herrn Walter speziell auch für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Ihm und Herrn Prof. Dr. *Thilo Marauhn* danke ich für die Aufnahme in die Reihe *Jus Internationale et Europaeum* und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Gewähr einer Publikationsbeihilfe. Frau Prof. Dr. *Anne Peters*, LL.M. (Harvard) danke ich sehr dafür, dass sie mir bei der Präzisierung des Themas bereits zu einem frühen Zeitpunkt meiner Recherchen richtungsweisend als Gesprächspartnerin zur Verfügung stand.

Während meiner Habilitationszeit wurden zwei unserer drei Kinder, unsere Töchter Johanna und Rebecca, geboren. Das hat diese Zeit neben der fachlich-wissenschaftlichen Weiterentwicklung für mich persönlich zu der weitaus wichtigsten Zeit meines Lebens gemacht. Dass Kinder und Wissenschaft vereinbar sein sollen und können, war eine ganz zentrale Botschaft der verschiedenen Frauenförderlinien der LMU, von denen ich sehr profitiert habe. Meinen Mentorinnen, Frau Prof. Dr. *Petra Wittig* und Frau Prof. Dr. *Beate Gsell*, danke ich sehr für ihre Unterstützung. Aus dem LMU-Mentoring-Programm wurden mir mit *Julia Wittig* und, in den letzten Jahren, *Vincent Kirschner* tatkräftige und kluge studentische Hilfskräfte finanziert, für deren tolle Arbeit ich sehr dankbar bin.

Meine Erlanger Kollegen und Kolleginnen haben mich mit offenen Armen empfangen. Stellvertretend sei Prof. Dr. *Markus Krajewski*, mit dem ich die Begeisterung für das Wirtschaftsvölkerrecht und den Menschenrechtsschutz teile, für seine Bereitschaft zum interessanten Austausch und seine vielfältige Unterstützung, u.a. für seine kritische Lektüre von Schlüsselpassagen dieser Arbeit, gedankt.

Mein Herzensdank gilt meinem lieben Mann, Alexander, dem ich die Arbeit widme.

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Hinführung	1

Erster Teil

Individualzugang zu Gericht im Wirtschaftsvölkerrecht: Eine Detailanalyse

1. Kapitel: Zugang zu Gericht in Systemen regionaler Wirtschaftsintegration	23
2. Kapitel: Individualzugang zu Gericht im Seevölkerrecht	399
3. Kapitel: Individualzugang zu Investitionsschiedsgerichten	431

Zweiter Teil

Individualkläger im internationalen Wirtschaftsrecht: Systematisierung und Vergleich

1. Kapitel: Systematisierungsansätze: Prozessuale Ermächtigung von Individualklägern als Systementscheidung	501
2. Kapitel: Einführungsmotivation und verfahrensrechtliche Ausgestaltung des Individualzugangs zu Gericht	511
3. Kapitel: Individualklagerechte in der Praxis: Gerichtliche Rechtsschutzmodelle im Vergleich	537
4. Kapitel: Staatliche Reaktionen auf gerichtliche Rechtsschutzmodelle .	565

Dritter Teil

Lehren und legitimatorische Implikationen des Vergleichs

1. Kapitel: Lehren des Vergleichs	579
2. Kapitel: Staatenkonsens als Legitimationsbasis	583
3. Kapitel: Prozessuale Schlüsselrolle des Individualklägers als Legitimationsbasis	609
Zusammenfassung und Schluss: Internationale Individualkläger als Zielscheibe politischer Rückschläge?	659
Literaturverzeichnis	671
Sachverzeichnis	709

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Hinführung	1
§ 1: Zur Fokussierung auf den Individualzugang zu Gericht im Wirtschaftsvölkerrecht	1
A. Prozessuales Erstarken internationaler Individualkläger im Wirtschaftsvölkerrecht	1
B. Forschungsagenda	7
I. Erkenntnisinteresse	7
II. Gegenstand und Aufbau der rechtsvergleichenden Analyse	10
III. Vergleichsparameter	15
IV. Zur textbasierten, pragmatischen Methode	17

Erster Teil

Individualzugang zu Gericht im Wirtschaftsvölkerrecht: Eine Detailanalyse

1. Kapitel: Zugang zu Gericht in Systemen regionaler Wirtschaftsintegration	23
§ 2: Zum Modellcharakter des europäischen Rechtsschutzsystems	23
§ 3: Regionale Wirtschaftsintegration: Europa und Eurasien	25
A. Individualkläger in der Europäischen Union im geschichtlichen Entwicklungsverlauf	25
I. Die Grundsatzentscheidung zugunsten des Individualrechts- schutzes in der Montanunion	25
1. Direkter Rechtsschutz der Montanunternehmen als Korrelat zum Konzept der Supranationalität	27
2. Individualrechtsschutz im Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	31
a) Zur Interdependenz zwischen Rechtsschutz, Organkompetenzen, Handlungsformen und wirtschaftspolitischer Zielsetzung	31

b)	Klagearten, Rechtsschutzziele und gerichtliche Kontrolldichte	34
aa)	Einschränkungen der gerichtlichen Kontrolldichte im Primärrechtsschutz: Die Nichtigkeitsklage	35
bb)	Primärrechtsschutz im „recours de pleine jurisdiction“	41
c)	Fazit	43
3.	Individualrechtsschutz in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Montanunion	44
a)	Der Zauber des Anfangs: Frühe Extension des Rechts zur Erhebung der Individualnichtigkeitsklage	45
aa)	Klagefähige Rechtsakte	45
(1)	Allgemeine Akte der Hohen Behörde als Angriffsobjekt	45
(2)	Qualifizierung von Maßnahmen der Hohen Behörde anhand von Gegenstand und Inhalt	48
bb)	Klagebefugnis im Rahmen der Nichtigkeitsklage	51
(1)	Klagebefugnis gegen individuell-betreffende Maßnahmen	52
(2)	Klagebefugnis gegen allgemeine Entscheidungen: <i>excès de pouvoir</i>	55
b)	Der Wortlaut des Vertragstextes als Dreh- und Angelpunkt: Restriktionen des Zugangs zu Gericht	58
aa)	Keine Erweiterung der Klagegründe	58
bb)	Keine Erweiterung des Kreises der Klage- berechtigten	59
c)	Übergeordnete Prinzipien bei der Ausgestaltung der Montanrechtsordnung	62
aa)	Gebot der weiten Auslegung von Rechtsschutz- bestimmungen	62
bb)	Effektivitätsgebot	64
cc)	Eigenständigkeit der Montanrechtsordnung	65
d)	Fazit	67
II.	Individualrechtsschutz in der Europäischen Wirtschafts- gemeinschaft	69
1.	Auf ein Neues: Zur Rolle von Gerichtshof und Rechtsschutz in den Verhandlungen zu den Europäischen Gemeinschaften	71
2.	Charakteristika des <i>traité cadre</i> der EWG: Erneut zur Interdependenz zwischen Rechtsschutz, Organkompetenzen, Handlungsformen und wirtschafts- politischer Zielsetzung	74
3.	Vertragsrechtliche Neuerungen des Individualrechts- schutzes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	80

a)	Kontinuitäten und Modifikationen im Bereich des Primärrechtsschutzes	81
aa)	Nichtigkeitsklage	81
bb)	Zum Wandel von inzidenter Normenkontrolle und Sanktionsklage	87
cc)	Untätigkeitsklage	89
b)	Fazit	91
4.	Individualrechtsschutz in Anwendung des EWG- und des EG-Vertrags	92
a)	Restriktion des direkten Rechtsschutzes: Fortsetzung der methodischen Pfade des EGKSV in der frühen Spruchpraxis zur Individualnichtigkeitsklage	93
aa)	Klagefähige Rechtsakte und Klagebefugnis in der frühen Spruchpraxis	94
(1)	Klagefähige Rechtsakte: Alter Wein in neuen Schläuchen	95
(a)	Die „als Verordnung ergangene“ Entscheidung als Angriffsobjekt	95
(b)	Die „an eine andere Person gerichtete Entscheidung“ als Angriffsobjekt	99
(2)	Die Plaumann-Formel als neue Messlatte für die Klagebefugnis	100
bb)	Die enge Bindung an den Vertragstext im Entwicklungsverlauf: Brüche und Aufweichungen	104
b)	Bedeutungszuwachs des indirekten Rechtsschutzes und gerichtliche Arbeitsteilung als Strukturentscheidung	108
aa)	Determinanten für den dezentralen Vollzug des Gemeinschaftsrechts	110
bb)	Strukturentscheidung I: Das Vorabentscheidungsverfahren als „Instrument der Zusammenarbeit“ mit nationalen Gerichten	112
cc)	Strukturentscheidung II: Effektivität als übergeordnete Anforderung an den Individualrechtsschutz	114
c)	Nationale Rechtsschutzverantwortung als Grund für die Restriktion des direkten Rechtsschutzes	116
d)	Fazit	122
5.	Richterrechtliche Herleitung und Ausdifferenzierung europäischer Grundrechte	124
III.	Der reformierte Individualrechtsschutz in der Europäischen Union	128
1.	Die gescheiterte Verfassung für Europa als Vorläuferin der Reform des Rechtsschutzsystems	128
a)	Etappen des Reformprozesses und die Frage des Rechtsschutzes	128

b)	Die Einführung einer europäischen Grundrechtsbeschwerde als Gegenstand der Konventsverhandlungen	132
2.	Neuerungen des Vertragsrechts der „einheitlichen Union“ nach Lissabon	134
a)	Charakteristika der reformierten EU im Lichte des Verfassungsvertrags	134
b)	Die politische Bestätigung gerichtlicher Strukturentscheidungen: Art. 47 GRCh und Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV	137
c)	Erweiterungen des Primärrechtsschutzes im Vertrag von Lissabon	141
aa)	Ergänzungen der Individualnichtigkeitsklage – erneut zur Interdependenz zwischen Rechtsschutz und Handlungsformen	142
bb)	Direktiver Rechtsschutz gegen restriktives Sekundärrecht der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	151
d)	Fazit	155
3.	Die Rechtsprechung zum Lissabonvertrag: Kontinuitäten und methodische Neuerungen	158
a)	Der „neue“ Klagegegenstand nach Art. 263 Abs. 4 Var. 3 AEUV: Spätes Bekenntnis zur historischen Auslegung	159
aa)	„Rechtsakte mit Ordnungscharakter“	159
bb)	„Durchführungsmaßnahmen“	163
b)	Die „alte“ Klagebefugnis: Festhalten an der Plaumann-Formel	166
c)	Kodifizierung von Art. 47 GRCh und Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV als Bestätigung der Restriktion des Zugangs zu den Unionsgerichten	167
d)	Fazit	170
IV.	Zusammenfassung: Der Zugang natürlicher und juristischer Personen zur europäischen Gerichtsbarkeit – Abstraktion europäischer Erfahrungswerte	172
B.	Individualkläger im Europäischen Wirtschaftsraum	177
I.	Kurzeinführung in den EWR	177
II.	Individualzugang zum EFTA-Gerichtshof	184
1.	Determinanten des Individualrechtsschutzmodells des EFTA-Gerichtshofs	184
a)	Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze des EWR-Rechts	185
b)	Kontextbedingungen für den indirekten Rechtsschutz in den EFTA-Staaten	190
aa)	Entstehungsgeschichte und vertragsrechtliche Regelung des indirekten Rechtsschutzes	190
bb)	Effektuiierung des indirekten Rechtsschutzes in der Rechtsprechung des EFTA-Gerichtshofs	196
c)	Selbstbeschränkung und Emanzipationstendenzen bei der Auslegung der Individualnichtigkeitsklage	203

aa) Vertragsrechtliche Grundlagen des direkten Individualrechtsschutzes	203
bb) „Verfahrensrechtliche Homogenität“ als Ausgangspunkt	206
(1) ... für die Restriktion des direkten Zugangs zu Gericht mittels der Plaumann-Formel	206
(2) ... für Exensionstendenzen und die Abgrenzung zum EuGH	209
(3) Fazit	213
2. Zusammenfassung	215
C. Überblick: Individualkläger in Eurasischen Wirtschaftsintegrationsverbänden	218
I. Integrationsetappen	219
II. Das (Individual-)rechtsschutzsystem der EAEU: Zur politischen Restriktion des proaktiven eurasischen Gerichtshofs	222
§ 4: Regionale Wirtschaftsintegration: Afrika	227
A. Individualkläger in der Ostafrikanischen Gemeinschaft	227
I. Kurzeinführung in die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)	227
II. Individualzugang zu Gericht in der EAC	231
1. Determinanten des Individualrechtsschutzmodells der EAC	231
a) Extension des Individualklagerechts in der Grundsatzentscheidung <i>Prof. Peter Anyang' Nyong'o</i>	233
aa) Auslegung der vertragsrechtlichen Grundlagen und Strukturentscheidung zur Rolle von Individualklägern und zur gerichtlichen Deutungshoheit	234
(1) Klagebefugnis, „cause of action“ und Zulässigkeit von <i>Public Interest Litigation</i>	235
(2) Klagegegenstand: „any form of infringement of provisions of the Treaty“	238
(3) Auslegungshoheit und Kompetenzabgrenzung zu nationalen Rechtsschutzinstanzen – Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	240
bb) Offener Dissens und Widerstand auf Seiten der Vertragsstaaten: Änderung des Vertragsrechts	243
(1) Politische Kampagne gegen den Gerichtshof	243
(2) Neufassung des Vertragsrechts und Einschränkung des Klagerechts	246
b) Die Rechtsprechungslinie um <i>James Katabazi</i> – Ausweitung der gerichtlichen Zuständigkeit auf Menschenrechtsfragen	249
aa) Extension der Zuständigkeit <i>ratione materiae</i> ?	250

bb) Widerstand durch Untätigkeit: Zum Verzicht auf eine offizielle Mandatierung des Gerichtshofs durch die Vertragsstaaten	253
c) Rolle des EACJ in wirtschaftsrechtlichen Streitfragen – zwischen Marginalisierung und politischem Erstarken	257
2. Zusammenfassung	262
B. Individualkläger in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika	263
I. Kurzeinführung in die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)	263
II. Individualzugang zu Gericht in der SADC	270
1. Determinanten des Individualrechtsschutzmodells der SADC	270
a) Vertragsrechtliche Grundlagen	270
b) Die Rechtssache <i>Campbell</i> : Fulminanter Auftakt	271
aa) Zuständigkeit <i>ratione materiae</i>	272
bb) Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	275
c) ...und sofortiges Ende: Abschaffung des Individualklagerechts und Lähmung des SADC-Tribunals als unmittelbare politische Reaktion	277
2. Zusammenfassung	283
C. Individualkläger in der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten	285
I. Kurzeinführung in die Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS)	285
II. Individualzugang zu Gericht in der ECOWAS	292
1. Determinanten des Individualrechtsschutzmodells in der ECOWAS	292
a) Zurückhaltung des ECCJ in der Rechtssache <i>Olajide Afolabi</i>	293
aa) Wortlauttreue Auslegung des mitgliedstaatlichen Klagerechts	293
bb) Politische Kampagne des ECCJ und staatliches Einverständnis: Zur Einführung eines Individualklagerechts gegen mitgliedstaatliche Menschenrechtsverstöße	296
b) Auslegung des Individualklagerechts zwischen Extension und Streben nach Ausgleich und staatlichem Konsens	298
aa) Vertragsrechtliche Grundlagen des erweiterten Zugangs zu Gericht	298
bb) Klagerecht gegen Menschenrechtsverletzungen, Art. 10 lit. d Gerichtsprotokoll n.F.	303
(1) Extensionstendenzen: Kreis der Klageberechtigten und Frist	303

(a) Menschenrechtliches Klagerecht für juristische Personen	303
(b) Popularklagen und NGOs	309
(c) Geltung der Klagefrist bei schwerwiegenden und andauernden Menschenrechts- verletzungen	310
(2) Textgetreue Bestimmung von Zulässigkeits- voraussetzungen: Zur Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs und der Angreifbarkeit von <i>pending cases</i>	312
(3) Restriktionstendenzen: Das Kooperations- angebot des ECCJ an nationale Rechtsschutz- instanzen	315
(a) <i>Res iudicata</i>	315
(b) Durchsetzung des Freizügigkeitsprotokolls	320
cc) Klagerecht gegen die ECOWAS, Art. 10 lit. c Gerichtsprotokoll n.F.	322
(1) Extension: Art. 10 lit. c GP n.F. als Recht zur Individualnichtigkeitsklage	323
(2) Restriktion durch die Rezeption der Plaumann- Formel	324
c) Relative staatliche Akzeptanz und das Scheitern politischer Gegeninitiativen	326
2. Zusammenfassung	328
§ 5: Regionale Wirtschaftsintegration: Amerika	331
A. Individualkläger in der Karibischen Gemeinschaft	331
I. Kurzeinführung in die Karibische Gemeinschaft (CARICOM)	331
1. Integrationsetappen des karibischen Zusammenschlusses	331
2. Organe und Handlungsformen im revidierten Vertragswerk	336
II. Individualzugang zum Gerichtshof der CARICOM	342
1. Determinanten des Individualrechtsschutzmodells des CCJ	343
a) Unbestimmtheit der vertragsrechtlichen Ausgangs- bedingungen	343
b) Die „special leave“-Phase des Individualklage- verfahrens als Gestaltungsmittel	346
c) Erleichterung des Zugangs zu Gericht und Ausweitung des Direktklagerechts	350
aa) Die Auftaktentscheidung als Bekenntnis: Zur Maßgeblichkeit von Individualklägern im Integrationsprozess	350
bb) Weite Auslegung des Klägerkreises	353

cc)	Taugliche Klagegegner und -gegenstände	355
(1)	Der Heimatstaat als Beklagter?	355
(2)	Klagen gegen die Gemeinschaft	357
	Individualklagen als Ausdruck des „rule of law“- Charakters der CARICOM	357
	Eingeschränkte Kontrolldichte	359
dd)	Verletzung von Individualrechten – Klagebefugnis .	360
(1)	Niedrige Messlatte für die Klagebefugnis	361
(2)	Zur Aktualität der Rechtsverletzung: Struktur- entscheidung zur Wirkung des Gemeinschafts- rechts im Recht der Mitgliedstaaten	363
d)	Menschenrechte als Kontrollmaßstab des CCJ? Ein Ausblick	366
2.	Zusammenfassung	367
B.	Überblick: Individualrechtsschutz im Zentralamerikanischen Integrationsystem und in der Andengemeinschaft	370
I.	Individualzugang zum Zentralamerikanischen Gerichtshof .	370
1.	Der ZAGH und seine Individualkläger als Friedensstifter	371
2.	Der ZAGH und seine Individualkläger als „Integrationsmotoren“	376
a)	Streitbeilegung in der ODECA und der Verzicht auf Individualklagerechte	376
b)	Zum erneuten Erstarken von Individualklägern in der SICA	378
II.	Individualzugang zum Gerichtshof der Andengemeinschaft .	384
1.	Zur ungleichen Entwicklung von Integration und gerichtlichem Rechtsschutz	385
2.	Progressive Ausweitung des Individualzugangs zu Gericht	390
a)	Gründungsvertrag des Andengerichtshofs aus dem Jahr 1979	391
b)	Reform des Rechtsschutzsystems durch das Protokoll von Cochabamba	395
2. Kapitel:	Individualzugang zu Gericht im Seevölkerrecht	399
§ 6:	Einführung	399
A.	Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen: Entstehungsgeschichte und Regelungsgegenstand im Überblick	399
B.	Institutionen des Seerechtsübereinkommens im Überblick . .	403
§ 7:	Individualzugang zum Internationalen Seegerichtshof	406
A.	Zur Interdependenz zwischen Rechtsschutz, Organ- kompetenzen und Regelungsgegenstand des Seerechtsübereinkommens	406

B. Entstehungsgeschichte und finale Ausformung des Individualzugangs zu Gericht	408
I. Entwicklungsstufen der Individualklagerechte im Verhandlungsverlauf: Vom fulminanten Auftakt	408
II. ... zum bescheidenen Ergebnis: Individualklagerechte nach dem Seerechtsübereinkommen	419
1. Beschränkung der Individualklagerechte auf „contractual disputes“	419
2. Zur verbleibenden Staatsabhängigkeit des Klagerechts	425
C. Fazit: Außergewöhnliche Klagerechte – ohne Kläger?	429
3. Kapitel: Individualzugang zu Investitionsschiedsgerichten	431
§ 8: Einführung	431
A. Zur Komplexität der Legitimationskrise der Investitionsschiedsgerichte: Der Fokus der Studie	431
B. Entwicklungspolitische Hintergründe des prozessualen Erstarkens privater Investoren	436
C. Prozessuale Besonderheiten des Investor-Staat-Schiedsverfahrens nach ICSID: Zur Marginalisierung von Heimat- und Gaststaat bei der Durchsetzung von Investorenrechten	440
D. Die Ära der Proliferation von Investitionsabkommen: Unbestimmtheit als Sündenfall	445
§ 9: Der Zugang zu Gericht in der schiedsgerichtlichen Praxis als ein Element der Legitimationskrise	447
A. Dogmatische Anknüpfungspunkte für eine Expansion des Zugangs zu Gericht	448
B. Das plakative Beispiel: Zum Streit um die Funktion und Reichweite von Meistbegünstigungsklauseln	451
I. Meistbegünstigungsklauseln als Aufhänger für eine Spaltung der Investitionsschiedsgerichte	451
II. Konfligierende Grundsatzwertungen in den Rechtssachen Maffezini und Plama	454
1. Maffezini: Direkter Zugang zur Investitionsschiedsgerichtsbarkeit mittels MFN-Klausel	454
2. Die Plama-Zuständigkeitsentscheidung als Reaktion auf das Maffezini-Tribunal: Zu den Grenzen einer Extension des Zugangs zu Gericht mittels MFN-Klauseln	460
3. Zu den unterschiedlichen Verständnisformen zu Fundament und Funktion von ISDS-Verfahren	464
a) Konsenserfordernis: Zur Vermutung einer Erstreckung von Meistbegünstigungsklauseln auf verfahrensrechtliche Regelungen des Drittvertrags	464

b) Internationaler Rechtsschutz als Besserbehandlung im Sinne des Meistbegünstigungsprinzips	468
c) Effekte für das Gesamtsystem: Harmonisierung oder treaty shopping?	470
III. Staatliche Reaktionen auf die Expansion des Zugangs zu Gericht mittels MFN-Klauseln	471
1. Präzisierung von Meistbegünstigungsklauseln	471
2. Renaissance der <i>Local Remedies Rule</i>	474
C. Präzisierung der Regelungsdetails von Investitionsabkommen als Reaktion auf Entwicklungen der Schiedsrechtsprechung: Weitere Beispiele	475
I. Präzisierung des Investitionsbegriffs: Zur Zuständigkeit <i>ratione materiae</i>	476
II. Vertragsrechtliche Vorkehrungen gegen Verfahrensmisbrauch: Zur Zuständigkeit <i>ratione personae</i>	479
§ 10: Speziell zum Einzug menschenrechtlicher Belange in Investitionsverfahren	482
A. Menschenrechtspostulate im Investitionsschutz auf Beklagtenseite – ein Exkurs	482
I. Menschenrechtsbelange des Empfangsstaats als Teilelement der Legitimationskrise	483
II. Wandel in der schiedsgerichtlichen Praxis und Kodifizierung des „right to regulate“ von Empfangsstaaten	484
B. Menschenrechtliche Belange klagender Investoren in der schiedsgerichtlichen Praxis	488
§ 11: Zusammenfassung	493

Zweiter Teil

Individualkläger im internationalen Wirtschaftsrecht: Systematisierung und Vergleich

1. Kapitel: Systematisierungsansätze: Prozessuale Ermächtigung von Individualklägern als Systementscheidung	501
§ 12: Herleitung eines Systematisierungsrahmens	502
A. Völkerrechtliche Systematisierungslinien	502
B. Systematisierungslinien des Unionsrechts und des nationalen Verwaltungsrechts	506
§ 13: Das Spektrum möglicher prozessualer Ermächtigung von Individualklägern	509

2. Kapitel: Einführungsmotivation und verfahrensrechtliche Ausgestaltung des Individualzugangs zu Gericht	511
§ 14: Das rechtsstaatliche Modell	512
A. Zur Einführungsmotivation: Internationalisierung von Entscheidungsmacht und Hoheitsgewalt als völkerrechtliches Novum	512
B. Verfahrensrechtliche Konsequenz: Restriktive Ausgestaltung des Individualzugangs zu Gericht	515
I. Die zentrale Gemeinsamkeit: Ausschluss des Individualklägers von rein „abstrakten Verfahren“	515
II. Ausprägungen und Detailunterschiede des restriktiven Modells	516
1. Zugang zur Meeresbodenkammer des ISGH als engst mögliche Ausformung des restriktiven Modells	516
2. Der Mittelweg des Unionsrechts	518
3. Der Sonderweg des Zugangs zum EFTA-Gerichtshof	521
§ 15: Das funktionale Modell	523
A. Zur Einführungsmotivation: Anerkenntnis der wirtschaftlichen und rechtlichen Schlüsselfunktion des Einzelnen	523
I. Prozessuale Ermächtigung als Investitionsanreiz	523
II. Individualklagerechte als Integrationsbekenntnisse	524
III. Individualkläger als Friedensstifter	527
B. Verfahrensrechtliche Konsequenz: Annäherung des prozessualen Status von Staat und Individualklägern	527
I. Die zentrale Gemeinsamkeit: Staaten und Individualkläger „on an equal footing“	527
II. Divergente Gleichstellung von Staat und Individuum und verbleibende Beschränkungen des prozessualen Status von Individualklägern	528
1. Das Minimalmodell des weiten Zugangs zu Gericht: Fokussierung auf den subjektiven Rechtsschutz im Investitionsschutz und im Recht der ECOWAS	528
2. Das Maximalmodell des weiten Zugangs zu Gericht: Gleichstellung hinsichtlich der Verfahrensarten und der Klagegegenstände	531

3. Kapitel: Individualklagerechte in der Praxis: Gerichtliche Rechtsschutzmodelle im Vergleich	537
§ 16: Rechtsschutzmodell „Extension des Individualzugangs zu Gericht“	539
A. Dogmatische Aufhänger	540
I. Klagegegenstand	540
II. Klagebefugnis	542
III. Vorverfahren	544
B. Methode	545
I. Das restriktive Modell der Wortlautbindung: Wertungsgeladene Extension des Zugangs zu Gericht bei Auslegungsspielräumen	545
II. Das weite teleologische Modell: Extension des Zugangs zu Gericht jenseits von Wortlaut und Systematik	546
C. Fazit zu Strukturentscheidungen und Funktionszuweisungen	548
§ 17: Rechtsschutzmodell „Restriktion des Individualzugangs zu Gericht“	550
A. Restriktion der Direktklagerechte zu internationalen Gerichten	551
I. Dogmatische Aufhänger	551
1. Klagegegenstand	552
2. Klagebefugnis	553
II. Methode	554
B. Teleologisch motivierte Effektivierung der dezentralen Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten	555
C. Fazit zu Strukturentscheidungen und Funktionszuweisungen	558
§ 18: Effektivierung des internationalen Menschenrechtsschutzes als Gemeinsamkeit der Rechtsschutzmodelle	560
4. Kapitel: Staatliche Reaktionen auf gerichtliche Rechtsschutzmodelle .	565
§ 19: Staatliches Reaktionsspektrum und Rechtsschutzmodelle im Zusammenhang: Ein Überblick	565
§ 20: Die Extension des Zugangs zu Gericht als Wagnis: Zwischen Effektivierung des Individualrechtsschutzes und dessen Abschaffung	569
A. Ausdrucksformen staatlichen Widerstands gegen eine Extension des Zugangs zu Gericht und ihre Effekte auf die Funktionen internationaler Individualkläger	569
B. Ausdrucksformen staatlicher Akzeptanz einer richter- rechtlichen Herleitung menschenrechtlicher Standards	573

Dritter Teil

Lehren und legitimatorische Implikationen des Vergleichs

1. Kapitel: Lehren des Vergleichs	579
§ 21: Kontroll- und Beteiligungsfunktion internationaler Individualklagerechte	579
§ 22: Menschenrechtsschutz-Funktion internationaler Individualklagerechte	582
2. Kapitel: Staatenkonsens als Legitimationsbasis	583
§ 23: Das internationale Gericht im Fokus: Gerichtliche Methoden und ihre Legitimationsrelevanz	583
A. Zur Methode der Funktionserweiterung natürlicher und juristischer Personen	583
I. Teleologische Auslegung	584
II. Rechtsfortbildung als Legitimationsproblem?	587
1. Lückenschließende Rechtsfortbildung	588
2. Rechtsfortbildung <i>contra legem</i> : „Waffengleichheit“ zwischen Recht und Politik als Legitimationsbasis	591
B. Zur Herleitung menschenrechtlicher Prüfungsmaßstäbe als allgemeine Rechtsgrundsätze	594
§ 24: Natürliche und juristische Personen im Fokus: Verfahrensbeteiligung von Individualklägern als legitimatorische Gretchenfrage	600
A. Systemprägende Effekte der gerichtlichen Ausformung des Individualzugangs zu Gericht	600
B. Die dominante Alternative: Das WTO-Modell als legitimatorischer Kontrapunkt?	603
3. Kapitel: Prozessuale Schlüsselrolle des Individualklägers als Legitimationsbasis	609
§ 25: Umfassende Parteifähigkeit des Individualklägers als Rechtsprinzip	609
§ 26: Legitimationsstränge jenseits des Staatenkonsenses	610
A. Internationale Staatenpraxis: Speziell zur menschenrechtlichen Fundierung eines Rechts auf wirksame Rechtskontrolle	611
B. Anerkennung der Subjekteigenschaft natürlicher und juristischer Personen	615

I.	Beispiele für Rekurse auf die Subjekteigenschaft des Individualklägers in der staatlichen und gerichtlichen Praxis	615
II.	Staatsvermittelte und staatsabhängige Natur der prozessualen Schlüsselrolle natürlicher und juristischer Personen	617
1.	Konnexität von Rechtssubjektivität und internationaler Rechtsdurchsetzungsmacht	617
2.	Autonomie und Unabhängigkeit als Abgrenzungskriterien	622
III.	Legitimatorischer Individualismus	624
1.	Rechtsethische Rechtfertigung der Zentralität des Einzelnen	625
2.	Der völkerrechtliche „Law of Humanity“ Diskurs	628
§ 27:	Normative Reichweite des Rechtsprinzips:	
	Das Wirtschaftsvölkerrecht als Anwendungsfeld	633
A.	Ethische Rechtfertigungsfähigkeit des Rechtsprinzips einer umfassenden aktiven Parteifähigkeit des Individualklägers	633
I.	Präzisierte Inhalt des Rechtsprinzips	633
II.	Einwände, Erwidern und Differenzierungslinien	634
1.	Das globale Kapital als „citoyen“?	634
a)	Der Einwand	634
b)	Wirtschaftsvölkerrechtliche Lesart des normativen Individualismus	636
aa)	De lege lata: Die Lesart in der analysierten wirtschaftsvölkerrechtlichen Staaten- und Gerichtspraxis	636
(1)	Der Großkonzern als Grundrechtsträger	638
(2)	Der Großkonzern als Kläger: Macht und Ohnmacht infolge einer <i>prozessualen</i> Ermächtigung	644
bb)	De lege ferenda: Legitimatorischer Individualismus als Herausforderung für globales Wirtschaften und für das Welthandelsrecht – Exkurs	649
2.	Legitimatorischer Paternalismus als sinnvolle Alternative?	654
a)	Der Einwand	654
b)	Zur begrenzten Sinnhaftigkeit eines legitimatorischen Paternalismus	656
B.	Funktion und Reichweite des Rechtsprinzips einer umfassenden aktiven Parteifähigkeit des Individualklägers kurzgefasst	657
	Zusammenfassung und Schluss: Internationale Individualkläger als Zielscheibe politischer Rückschläge?	659
	Literaturverzeichnis	671
	Sachverzeichnis	709

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	<i>andere Ansicht</i>
a. a. O.	<i>am angegebenen Ort</i>
a. F.	<i>alte Fassung</i>
ABL.	<i>Amtsblatt der Europäischen Union</i>
Abs.	<i>Absatz</i>
ACHPR	<i>African Charter on Human and Peoples' Rights</i>
AEUV	<i>Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union</i>
AHRLJ	<i>African Human Rights Law Journal</i>
AISCC	<i>Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce</i>
AJICL	<i>African Journal of International and Comparative Law</i>
AJIL	<i>American Journal of International Law</i>
ALALC	<i>Asociación Latinoamericana de Libre Comercio</i>
Alt.	<i>Alternative</i>
Am. J. Comp. L.	<i>American Journal of Comparative Law</i>
Am. J. Juris.	<i>American Journal of Jurisprudence</i>
Am. Soc'y	
Int'l L. Proc.	<i>American Society of International Law Proceedings</i>
AMDI	<i>Anuario Mexicano de Derecho Internacional</i>
AMRK	<i>Amerikanische Menschenrechtskonvention</i>
AöR	<i>Archiv des öffentlichen Rechts</i>
APLR	<i>Asia Pacific Law Review</i>
Appeal: Rev. Current L. & L. Reform	<i>Appeal: Review of Current Law and Law Reform</i>
Appl.	<i>Application</i>
APuZ	<i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>
Arb. Int'l.	<i>Arbitration International</i>
Arg.	<i>Argumente</i>
Ariz. St. L.J.	<i>Arizona State Law Journal</i>
Art.	<i>Artikel</i>
AS	<i>Amtliche Sammlung des Bundesrechts</i>
ASEAN	<i>Association of Southeast Asian Nations</i>
Asian J. WTO & Int'l Health L & Pol'y	<i>Asian Journal of WTO and International Health Law and Policy</i>
ATJ	<i>Andean Tribunal of Justice</i>
Aufl.	<i>Auflage</i>
Austrian Rev. Int'l & Eur. L.	<i>Austrian Review of International and European Law</i>
AUYrBkIntLaw	<i>Australian Year Book of International Law</i>

AVR	<i>Archiv des Völkerrechts</i>
B.U. Int'l L.J.	<i>Boston University International Law Journal</i>
BayVBl.	<i>Bayerische Verwaltungsblätter</i>
Bd.	<i>Band</i>
BGBL.	<i>Bundesgesetzblatt</i>
BHRJ	<i>Business and Human Rights Journal</i>
BIT	<i>Bilateral Investment Treaty</i>
BJIS	<i>British Journal of International Studies</i>
BRJ	<i>Bonner Rechtsjournal</i>
Bsp.	<i>Beispiel</i>
bspw.	<i>beispielsweise</i>
BT-Drs.	<i>Drucksache des Deutschen Bundestages</i>
Bull. EU	<i>Bulletin der Europäischen Union</i>
BVerfG	<i>Bundesverfassungsgericht</i>
BVerfGE	<i>Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts</i>
BYIL	<i>British Yearbook of International Law</i>
bzw.	<i>beziehungsweise</i>
CACJ	<i>Central American Court of Justice</i>
Cal. L. Rev.	<i>California Law Review</i>
Cambridge J.	
Int'l & Comp. L.	<i>Cambridge Journal of International and Comparative Law</i>
CAN	<i>Comunidad Andina de Naciones</i>
Caribb. Stud.	<i>Caribbean Studies</i>
CARICOM	<i>Caribbean Community</i>
CARIFTA	<i>Caribbean Free Trade Association</i>
CCC	<i>CARICOM Competition Commission</i>
CCJ	<i>Caribbean Court of Justice</i>
CEH	<i>Contemporary European History</i>
CETA	<i>Comprehensive Economic and Trade Agreement</i>
Chinese JIL	<i>Chinese Journal of International Law</i>
CLB	<i>Commonwealth Law Bulletin</i>
CMA	<i>Common Market Annex</i>
CMLR	<i>Common Market Law Reports</i>
Colomb. Intern.	<i>Colombia Internacional</i>
Colum. L. Rev.	<i>Columbia Law Review</i>
COMESA	<i>Common Market of Eastern and Southern Africa</i>
Comm. & Comp. Pol.	<i>Commonwealth and Comparative Politics</i>
Conn. J. Int'l L.	<i>Connecticut Journal of International Law</i>
Contemp. Asia Arb. J.	<i>Contemporary Asia Arbitration Journal</i>
Contemp. Readings	
L. & Soc. Just.	<i>Contemporary Readings in Law and Social Justice</i>
Cornell Int'l L.J.	<i>Cornell International Law Journal</i>
COTED	<i>Council for Trade and Economic Development</i>
CPS	<i>Comparative Political Studies</i>
CPTPP	<i>Comprehensive and Progressive Agreement for TPP</i>
Crim. L. & Phil.	<i>Criminal Law and Philosophy</i>
CRQ	<i>Conflict Resolution Quarterly</i>
CSME	<i>CARICOM Single Market and Economy</i>

d. h.	<i>das heißt</i>
dass.	<i>dasselbe</i>
ders.	<i>derselbe</i>
dies.	<i>dieselbe[n]</i>
DJT	<i>Deutscher Juristentag</i>
dms	<i>der moderne staat</i>
Doc.	<i>Document</i>
Dok.	<i>Dokument</i>
DÜ	<i>Durchführungsübereinkommen</i>
Duke J. Comp. & Int'l L.	<i>Duke Journal of Comparative and International Law</i>
DVBl.	<i>Deutsches Verwaltungsblatt</i>
E. African J. Hum. Rts. & Democracy	<i>East African Journal of Human Rights and Democracy</i>
EAC	<i>East African Community</i>
EACJ	<i>East African Court of Justice</i>
EAEU	<i>Eurasian Economic Union</i>
EAG	<i>Europäische Atomgemeinschaft</i>
EALA	<i>East African Legislative Assembly</i>
EAWG	<i>Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft</i>
ebd.	<i>ebenda</i>
EBR	<i>Economic and Business Review</i>
EC	<i>European Community</i>
ECCJ	<i>ECOWAS Community Court of Justice</i>
ECJ	<i>European Court of Justice</i>
ECLIC	<i>EU and comparative law issues and challenges series</i>
ECOWAS	<i>Economic Community of West African States</i>
EEA	<i>European Economic Area</i>
EFTA	<i>European Free Trade Association</i>
EFTA Ct. Rep.	<i>EFTA Court Report</i>
EGKS	<i>Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl</i>
EGKSV	<i>Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl</i>
EGMR	<i>Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte</i>
EJIL	<i>European Journal of International Law</i>
ELR	<i>European Law Reporter</i>
EMRK	<i>Europäische Menschenrechtskonvention</i>
EnzEuR	<i>Enzyklopädie Europarecht</i>
ERA	<i>Europäische Rechtsakademie</i>
ERLACS	<i>European Review of Latin American and Caribbean Studies</i>
ESA	<i>EFTA Surveillance Authority</i>
ESC	<i>English-speaking Caribbean</i>
ESJ	<i>European Scientific Journal</i>
et al.	<i>et alii/aliae/aliam (und andere)</i>
etc.	<i>et cetera</i>
Ethic Theory Moral Prac	<i>Ethical Theory and Moral Practice</i>
EU	<i>Europäische Union</i>

EuConst	<i>European Constitutional Law Review</i>
EuG	<i>Europäisches Gericht Erster Instanz, Gericht der Europäischen Union</i>
EuGH	<i>Gerichtshof der Europäischen Union, Europäischer Gerichtshof</i>
EuGRZ	<i>Europäische Grundrechte-Zeitschrift</i>
EuR	<i>Europarecht</i>
Eur LJ	<i>European Law Journal</i>
Eur. St. Aid L.Q.	<i>European State Aid Law Quarterly</i>
EurAsEC	<i>Eurasian Economic Community</i>
EURATOM	<i>Europäische Atomgemeinschaft</i>
EUV	<i>Vertrag über die Europäische Union</i>
EuZW	<i>Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht</i>
EVG	<i>Europäische Verteidigungsgemeinschaft</i>
EVV	<i>Europäischer Verfassungsvertrag</i>
EWG	<i>Europäische Wirtschaftsgemeinschaft</i>
EWGV	<i>Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft</i>
EWR	<i>Europäischer Wirtschaftsraum</i>
EWRA	<i>Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum</i>
EZB	<i>Europäische Zentralbank</i>
FDI	<i>Foreign Direct Investment</i>
FET	<i>Fair and Equitable Treatment</i>
f., ff.	<i>folgende</i>
Fn.	<i>Fußnote</i>
FS	<i>Festschrift</i>
GA	<i>Generalanwalt</i>
GA Res.	<i>General Assembly Resolution</i>
Ga. J. Int'l & Comp. L.	<i>Georgia Journal of International and Comparative Law</i>
GA'in	<i>Generalanwältin</i>
GASP	<i>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik</i>
Geo. Wash.	
Int'l L. Rev.	<i>George Washington International Law Review</i>
German L.J.	<i>German Law Journal</i>
GG	<i>Grundgesetz</i>
ggf.	<i>gegebenenfalls</i>
GJIL	<i>Georgetown Journal of International Law</i>
GP	<i>Gerichtsprotokoll</i>
GRCh	<i>Charta der Grundrechte der Europäischen Union</i>
GUS	<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</i>
Habil.	<i>Habilitationschrift</i>
Harv. Int'l L.J.	<i>Harvard International Law Journal</i>
HRLR	<i>Human Rights Law Review</i>
HRQ	<i>Human Rights Quarterly</i>
hrsg.	<i>herausgegeben</i>
Hrsg.	<i>Herausgeber</i>
HURIPeC	<i>Human Rights and Peace Centre</i>
HZ	<i>Historische Zeitschrift</i>

i. e.	<i>id est</i>
I•CON	<i>International Journal of Constitutional Law</i>
IALR	<i>International Arbitration Law Review</i>
ICJ	<i>International Court of Justice</i>
ICJ Rep.	<i>International Court of Justice Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders</i>
ICLQ	<i>International and Comparative Law Quarterly</i>
ICNT	<i>Informal Composite Negotiation Text</i>
ICSID	<i>International Centre for Settlement of Investment Disputes</i>
ICSID Rev.	<i>ICSID Review – Foreign Investment Law Journal</i>
IGH	<i>Internationaler Gerichtshof</i>
IIA	<i>International Investment Agreement</i>
IILJ	<i>Institute for International Law and Justice</i>
ILC	<i>International Law Commission</i>
ILM	<i>International Legal Materials</i>
ILSA J. Int'l & Comp.	<i>International Law Students' Association Journal of International and Comparative Law</i>
IMB	<i>Internationale Meeresbodenbehörde</i>
IMF	<i>International Monetary Fund</i>
IndJGlobalLegalStud	<i>Indian Journal of Global Legal Studies</i>
Int J Health Policy Manag	<i>International Journal of Health Policy and Management</i>
Int J Law Context	<i>International Journal of Law in Context</i>
Int. Aff.	<i>International Affairs</i>
Int. Org.	<i>International Organization</i>
Int. Organ. Res. J.	<i>International Organisations Research Journal</i>
Int. Rev. Law	<i>International Review of Law</i>
Int'l Legal Theory	<i>International Legal Theory</i>
INTAL	<i>Instituto para la Integración de América Latina y el Caribe</i>
IPbpR	<i>Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte</i>
iRd	<i>im Rahmen der</i>
iSd	<i>im Sinne des</i>
ISDS	<i>Investor-State Dispute Settlement</i>
ISGH	<i>Internationaler Seegerichtshof</i>
ITN	<i>Investment Treaty News</i>
iVm	<i>in Verbindung mit</i>
J Legal Stud.	<i>Journal of Legal Studies</i>
J. Disp. Resol.	<i>Journal of Dispute Resolution</i>
J. Int. Arb.	<i>Journal of International Arbitration</i>
J. Int'l Econ. L.	<i>Journal of International Economic Law</i>
JAAS	<i>Journal of Asian and African Studies</i>
JAL	<i>Journal of African Law</i>
JCMS	<i>Journal of Common Market Studies</i>
JEIH	<i>Journal of European Integration History</i>
JHR	<i>Journal of Human Rights</i>
JIDS	<i>Journal of International Dispute Settlement</i>
JöR	<i>Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart</i>
Jura	<i>Juristische Ausbildung</i>

JWIT	<i>Journal of World Investment and Trade</i>
JWT	<i>Journal of World Trade</i>
JZ	<i>Juristenzeitung</i>
KAS	<i>Konrad-Adenauer-Stiftung</i>
KFG	<i>Kolleg-Forschungsgruppe</i>
KJ	<i>Kritische Justiz</i>
KMU	<i>kleinere und mittlere Unternehmen</i>
KSzW	<i>Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht</i>
L. Q. Rev.	<i>Law Quarterly Review</i>
Law & Prac.	
Int'l. Courts & Trib.	<i>The Law & Practice of International Courts and Tribunals</i>
LCP	<i>Law and Contemporary Problems</i>
Leg.	<i>Legislaturperiode</i>
LIEI	<i>Legal Issues of Economic Integration</i>
lit.	<i>litera (Buchstabe)</i>
LJIL	<i>Leiden Journal of International Law</i>
LJZ	<i>Liechtensteinische Juristenzeitung</i>
Loy. U. Chi. L.J.	<i>Loyola University Chicago Law Journal</i>
Ls.	<i>Leitsatz</i>
M.L.R.	<i>Modern Law Review</i>
m. w. N.	<i>mit weiteren Nachweisen</i>
Maastricht J. Eur. & Comp. L.	<i>Maastricht Journal of European and Comparative Law</i>
MERCOSUR	<i>Mercado Común del Sur</i>
MFN	<i>Most Favoured Nation</i>
Michig. L.R.	<i>Michigan Law Review</i>
MIGA	<i>Multilateral Investment Guarantee Agency</i>
MJIL	<i>Michigan Journal of International Law</i>
MoU	<i>Memorandum of Understanding</i>
MPEiPro	<i>Max Planck Encyclopedia of International Procedural Law</i>
MPEPIL	<i>Max Planck Encyclopedia of Public International Law</i>
N.C.J. Int'l L. & Com. Reg.	<i>North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation</i>
n.F.	<i>neue Fassung</i>
n. n. v.	<i>noch nicht veröffentlicht</i>
N.Y.U. J. Int'l L. & Pol.	<i>New York University Journal of International Law</i>
NAFTA	<i>North American Free Trade Agreement</i>
NGO	<i>Non-Governmental Organisation</i>
NJA L. J.	<i>National Judicial Academy Law Journal</i>
NJW	<i>Neue Juristische Wochenschrift</i>
NJW-Beil	<i>Neue Juristische Wochenschrift – Beilage</i>
No.	<i>Nummer</i>
NordÖR	<i>Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland</i>
NPE	<i>New Political Economy</i>
Nr.	<i>Nummer</i>
NuR	<i>Natur und Recht</i>

NVwZ	<i>Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht</i>
Nw. J. Int'l L. & Bus.	<i>Northwestern Journal of International Law and Business</i>
NZBLQ	<i>New Zealand Business Law Quarterly</i>
o. g.	<i>oben genannten</i>
ODECA	<i>Organización de Estados Centroamericanos</i>
OECD	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i>
OEEC	<i>Organisation for European Economic Co-operation</i>
OER	<i>Osteuropa Recht</i>
OHADA	<i>Organisation pour l'harmonisation en Afrique du droit des affaires</i>
OJ	<i>Official Jurisdiction</i>
Or. Rev. Int'l L.	<i>Oregon Review of International Law</i>
Pac. McGeorge Global Bus. & Dev. L.J.	<i>Pacific McGeorge Global Business and Development Law Journal</i>
PCA	<i>Permanent Court of Arbitration</i>
PCIJ	<i>Permanent Court of International Justice</i>
Pepp. Disp. Resol. L.J.	<i>Pepperdine Dispute Resolution Law Journal</i>
PGs	<i>public goods</i>
Phil. L.J.	<i>Philippine Law Journal</i>
Phil. Quart.	<i>Philosophical Quarterly</i>
PJZS	<i>Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen</i>
Polish Y.B.Int'l L.	<i>Polish Yearbook of International Law</i>
Potchefstroom Elec. L.J.	<i>Potchefstroom Electronic Law Journal</i>
PTA	<i>Preferential Trade Area for Eastern and Southern Africa</i>
RabelsZ	<i>Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht</i>
RCEEL	<i>Review of Central and East European Law</i>
RdC	<i>Recueil des Cours de l'Académie de Droit International</i>
Ref.	<i>Reference</i>
Rev.	<i>Review</i>
Rev. Int. Stud.	<i>Review of International Studies</i>
RIPE	<i>Review of International Political Economy</i>
RIW	<i>Recht der Internationalen Wirtschaft</i>
RK	<i>Regierungskonferenz</i>
Rn.	<i>Randnummer</i>
Rs.	<i>Rechtssache[n]</i>
RTA	<i>Regional Trade Agreements</i>
RTC	<i>Revised Treaty of Chaguaramas</i>
Russ. Law J.	<i>Russian Law Journal</i>
Rutgers L.J.	<i>Rutgers Law Journal</i>
S.	<i>Seite, Satz</i>
SADC	<i>Southern African Development Community</i>
SADC L.J.	<i>SADC Law Journal</i>
SADCC	<i>Southern African Development Coordinating Conference</i>
SADCT	<i>Southern African Development Community Tribunal</i>
San Diego L. Rev.	<i>San Diego Law Review</i>

SchiedsVZ	<i>Zeitschrift für Schiedsverfahren</i>
SchlA.	<i>Schlussantrag, Schlussanträge</i>
Ser.	<i>Series</i>
SES	<i>Social and Economic Studies</i>
SICA	<i>Sistema de la Integración Centroamericana</i>
SIEL	<i>Society of International Economic Law</i>
Slg.	<i>Sammlung der Rechtsprechung</i>
sog.	<i>sogenannte[n]</i>
SRÜ	<i>Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen</i>
StIGH	<i>Ständiger Internationaler Gerichtshof</i>
Strathmore L. Rev.	<i>Strathmore Law Review</i>
SWP	<i>Stiftung Wissenschaft und Politik</i>
Temp. L. Rev.	<i>Temple Law Review</i>
Tex. Int'l L. J.	<i>Texas International Law Journal</i>
TOC	<i>Treaty of Chaguaramas</i>
TPP	<i>Trans-Pacific Partnership Agreement</i>
TTIP	<i>Transatlantic Trade and Investment Partnership</i>
U. Det. L.J.	<i>University of Detroit Law Journal</i>
u.a.	<i>und andere, unter anderem</i>
U.K.	<i>United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland</i>
U.S.	<i>United States</i>
UAbs.	<i>Unterabsatz</i>
ÜGA	<i>Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs</i>
UN	<i>United Nations</i>
UNCIO	<i>Documents of the United Nations Conference on International Organization</i>
UNCITRAL	<i>United Nations Commission on International Trade Law</i>
UNCTAD	<i>United Nations Conference on Trade and Development</i>
Univ. Qld. Law J.	<i>University of Queensland Law Journal</i>
UNTS	<i>United Nations Treaty Series</i>
Urt.	<i>Urteil</i>
US Sen.	<i>United States Senate</i>
USA	<i>United States of America</i>
v.	<i>von, vom, versus</i>
Vand. J. Transnat'l L.	<i>Vanderbilt Journal of Transnational Law</i>
Var.	<i>Variante</i>
VCLT	<i>Vienna Convention on the Law of Treaties</i>
verb.	<i>verbundene</i>
VerfBlog	<i>Verfassungsblog</i>
VerfO	<i>Verfahrensordnung</i>
VfZ	<i>Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte</i>
Vgl.	<i>Vergleiche</i>
VO	<i>Verordnung</i>
vr	<i>völkerrechtlichen</i>
VRÜ	<i>Verfassung und Recht in Übersee</i>
VVKÜ	<i>Übereinkommen über Kontrollen vor dem Versand</i>
VwGO	<i>Verwaltungsgerichtsordnung</i>

West Eur. Polit.	<i>West European Politics</i>
WiRO	<i>Wirtschaft und Recht in Osteuropa</i>
WTO	<i>World Trade Organization</i>
WVK	<i>Wiener Vertragsrechtskonvention</i>
Yale J. Int'l L.	<i>Yale Journal of International Law</i>
Yale L. J.	<i>Yale Law Journal</i>
z. B.	<i>zum Beispiel</i>
z. T.	<i>zum Teil</i>
ZAGH	<i>Zentralamerikanischer Gerichtshof</i>
ZaöRV	<i>Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht</i>
ZEuS	<i>Zeitschrift für Europarechtliche Studien</i>
ZHR	<i>Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht</i>
ZIB	<i>Zeitschrift für Internationale Beziehungen</i>
Ziff.	<i>Ziffer</i>
ZÖR	<i>Zeitschrift für öffentliches Recht</i>
ZP	<i>Zusatzprotokoll</i>
ZphF	<i>Zeitschrift für philosophische Forschung</i>
ZSE	<i>Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften</i>

Hinführung

§ 1: Zur Fokussierung auf den Individualzugang zu Gericht im Wirtschaftsvölkerrecht

A. Prozessuales Erstarken internationaler Individualkläger im Wirtschaftsvölkerrecht

Das Phänomen einer individualisierten Völkerrechtsdurchsetzung wird assoziativ mit der Erfolgsgeschichte in Verbindung gesetzt, die der internationale Menschenrechtsschutz nach Ende des Zweiten Weltkrieges durchlebt hat. Es gibt zahlreiche vergleichende Studien, die die verschiedenen regionalen und universellen Schutzmechanismen, die Inhalte materieller Menschenrechtsgarantien sowie Art und Umfang von internationalen Individualbeschwerderechten betrachten.¹ Weitaus punktueller ist dagegen die Auseinandersetzung mit Status und Funktion von Individualklägern im Wirtschaftsvölkerrecht² – demjenigen Völkerrechtsgebiet, in dem sich im 20. Jahrhundert neben dem Menschenrechtsschutz ein signifikantes prozessuales Erstarken natürlicher und juristischer Personen³ realisiert hat.⁴ Zu den internationalen Gerichten, die als

¹ Vgl. nur aus jüngerer Zeit *Donnelly/Whelan*, International Human Rights⁵, 2018; *Kälin/Künzli*, Universeller Menschenrechtsschutz⁴, 2019; *Moeckli/Shah/Sivakumaran/Harris* (Hrsg.), International Human Rights Law³, 2018; *Opitz*, Menschenrechte und internationaler Menschenrechtsschutz im 20. Jahrhundert, 2002; *Schilling*, Internationaler Menschenrechtsschutz³, 2016; *Smith*, International Human Rights Law, 2018; *Vasel*, Regionaler Menschenrechtsschutz als Emanzipationsprozess, 2017.

² Der Begriff des Wirtschaftsvölkerrechts wird im Nachfolgenden alternativ zum Begriff des internationalen Wirtschaftsrechts in seiner engen Lesart verwendet, d. h. unter Ausschluss des Wirtschaftsprivatrechts. Zu den unterschiedlichen Anknüpfungspunkten (Rechtsquellen/zu regelnder Gegenstand) und der damit verbundenen Frage, ob auch das Wirtschaftsprivatrecht in den Begriff des internationalen Wirtschaftsrechts einzubeziehen ist, *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht², 2015, S. 1, 5 ff.

³ Mit dem Begriff der „juristischen Person“ sei hier und im Folgenden immer die „juristische Person des Privatrechts“ gemeint.

⁴ Die „individualisierte Durchsetzung des Völkerrechts“ ist dabei keineswegs neu; sie ist vielmehr ein „historisch gut verankertes“, wenn auch vereinzelt Phänomen, dessen Ursprünge bis ins 13. Jahrhundert zurückreichen (Zitate und Verweis auf das Prisen- und Repressalienrecht des 13. Jahrhunderts bei *Peters*, *Jenseits der Menschenrechte*, 2014, S. 426; *Liebich*, *Rev. Int. Stud.* 34 (2008), 243, 426. Zur Entstehung von *mixed claims commissions* ab dem 18. Jahrhundert *Hafner*, *RdC* 358 (2011), 265, 385 ff.; zur Durchsetzung des Minderheitenschutzes zu Zeiten des Völkerbundes *Liebich*, *Rev. Int. Stud.* 34 (2008), 243, 246 f.

„stars of the standard narrative“⁵ klassifiziert werden und die einen umfangreichen Fundus an wissenschaftlicher Literatur generieren, gehören vornehmlich der EuGH und, spätestens seit Beginn ihrer „Legitimationskrise“, die im Kontext der Freihandelspolitik der EU das Augenmerk einer breiten Öffentlichkeit auf das Klagerecht privater Investoren gelenkt hat, auch die internationalen Investitionsschiedsgerichte.

Der Bestand an internationalen Gerichten, die natürlichen und juristischen Personen in wirtschaftsvölkerrechtlichen Angelegenheiten offenstehen, ist infolge der Judizialisierungswelle, die durch das Ende des Kalten Krieges ausgelöst wurde, jedoch sehr viel umfassender und in dieser Komplexität gerade aus einer vergleichenden Perspektive weitgehend unbeachtet.⁶

Der Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung hatte in verschiedener Hinsicht vitalisierende Effekte auf das internationale Wirtschaftsrecht und, in der Konsequenz, auf die Mitwirkungsmacht privater Wirtschaftsteilnehmer.⁷ Ein erster Effekt, der nicht weniger als zur „wichtigsten Entwicklung“⁸ des Völkerrechts um die Jahrtausendwende erklärt wurde, war der signifikante Zuwachs an neu gegründeten bzw. wiederbelebten ständigen internationalen Gerichten. Bis zum Jahr 1989 hatte sich deren Zahl auf sechs aktive Institutionen (den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg sowie den in Brüssel ansässigen Benelux-Gerichtshof, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in San José und den Andengerichtshof mit Sitz in Quito) beschränkt.

⁵ Romano, in: Romano/Alter/Shany (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Adjudication*, 2014, S. 111, 112 beschreibt damit eine wissenschaftliche Fokussierung auf eine Gruppe an (erfolgreichen) internationalen Gerichten und Spruchkörpern (z. B. den IGH, die WTO-Streitbeilegungsmechanismen, den EuGH, den EGMR oder den ISGH).

⁶ Einen vergleichenden Blickwinkel auf internationale Gerichte allgemein und auf die verschiedenen Systeme (speziell regionaler Wirtschaftsintegration), deren ständige Gerichte Individualklägern offenstehen, nimmt ein Autorenkreis um *Karen Alter* ein. Sie geht dabei insbesondere den Erfolgsbedingungen und Einflussfaktoren internationaler Judizialisierung nach. Vgl. *Alter*, CPS 39 (2006), 22 ff.; *dies.*, West Eur. Polit. 35 (2012), 135 ff.; *Alter/Helfer/Saldías*, Am. J. Comp. L. 60 (2012), 629 ff.; *Alter*, in: Romano/Alter/Shany (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Adjudication*, 2014, S. 63 ff.; *Alter/Hooghe*, in: Börzel/Risse (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Regionalism*, 2016, S. 538 ff.; *Alter/Helfer* (Hrsg.), *Transplanting International Courts*, 2017; *Alter/Helfer/Madsen* (Hrsg.), *International Court Authority*, 2018.

⁷ Zum Bedeutungszuwachs im Kontext von Rechtsetzungsprozessen *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 2006; zum Stand wirtschaftsvölkerrechtlicher, speziell welthandelsrechtlicher Individualrechte und deren Durchsetzung *Schwartzmann*, *Private im Wirtschaftsvölkerrecht*, 2005.

⁸ Romano, N.Y.U. J. Int'l L. & Pol. 31 (1998–1999), 709 ff., 709. Dieses Phänomen ist dabei keineswegs durchweg positiv konnotiert. Zu den Herausforderungen einer Fragmentierung des Völkerrechts, die durch eine Proliferation bzw. die Pluralisierung internationaler Gerichte befördert werde, nur beispielhaft *Koskeniemi/Leino*, LJIL 2002, 553 ff. und, aus jüngerer Zeit im Kontext des internationalen Wirtschaftsrechts, *Chazournes*, EJIL 28 (2017), 13 ff.

Gegenwärtig lassen sich weltweit zwei Dutzend aktive Spruchkörper anführen, die die Eigenschaften eines internationalen Gerichts aufweisen.⁹ Eine besonders bemerkenswerte Facette dieser Entwicklung ist, dass sich mit der Gründung neuer internationaler Gerichte auch das Recht von natürlichen und juristischen Personen, vor einem internationalen Spruchkörper Gehör zu finden, entscheidend weiterentwickelte. Direkten Zugang zu einem internationalen Gericht mit obligatorischer Zuständigkeit für Individualkläger zu eröffnen, ist eines der Kernmerkmale, das sog. „new-style International Courts“ kennzeichnet, die das Axiom absoluter staatlicher Souveränität überwinden, das die internationale Streitbeilegung nach wie vor dominant prägt, und sich dadurch von staatszentrierten „old-style International Courts“, wie dem Internationalen Gerichtshof, unterscheiden.¹⁰

Bereits ein oberflächlicher Blick auf die sachliche und räumliche Ausrichtung dieser Gerichte deckt indes Grenzen des Phänomens einer Ausweitung der internationalen Gerichtsbarkeit auf: Ausnahmecharakter haben nach wie vor Streitbeilegungsinstanzen mit räumlich universeller Reichweite, wie der 1996 gegründete Internationale Seegerichtshof, der natürlichen und juristischen Personen in begrenztem Umfang ein Klagerecht zur *Seabed Disputes Chamber* einräumt, oder der 2002 gegründete Internationale Strafgerichtshof, der den Einzelnen aufgrund seiner völkerstrafrechtlichen Verantwortlichkeit als Verfahrensgegner adressiert. Immer noch beispiellos ist die sachlich allumfassende Zuständigkeit des IGH für „jede Frage des Völkerrechts“.¹¹

⁹ Vgl. diese Zahl bei *Alter/Helfer/Madsen*, in: dies. (Hrsg.), *International Court Authority*, 2018, 3 sowie die Auflistung bei *Romano/Alter/Shany*, in: Romano/Alter/Shany (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Adjudication* (2014), S. 3 ff., 12 ff. Zu den Eigenschaften internationaler Gerichte S. 4 ff.: Maßgebliche Kriterien, die ein gerichtliches Verfahren (*judicial decision making*) speziell von Schiedsverfahren (*arbitration*) abgrenzen, sind demnach folgende: Ein Gericht/Tribunal bestand bereits, bevor eine Streitsache der Entscheidung durch einen neutralen Spruchkörper zugeführt wurde; ferner stand die Zusammensetzung des Richterkollegiums zu diesem Zeitpunkt bereits fest und entzieht sich dem Einfluss der Streitparteien.

¹⁰ Begriffliche Unterscheidung nach *Alter*, CPS 39 (2006), 22 ff., 25 ff. *Alter* führt als „new-style International Courts“, deren Gründung in die Zeit nach 1990 fällt, beispielsweise den Zentralamerikanischen Gerichtshof (*Central American Court of Justice*), den EFTA-Gerichtshof (*European Free Trade Area Court*), das Wirtschaftsgericht der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (*Economic Court of the Commonwealth of Independent States*), den Gerichtshof der COMESA (*Court of Justice for the Common Market of Eastern and Southern Africa*), den Gerichtshof der OHADA (*Common Court of Justice and Arbitration for the Organization for the Harmonization of Corporate Law in Africa*) oder den Gerichtshof der CARICOM (*Caribbean Court of Justice*) an.

¹¹ Art. 36 Abs. 2 lit. b IGH-Statut („Statut des Internationalen Gerichtshofs“ vom 26. Juni 1945, UNCIO Bd. 15, S. 355, BGBl. 1973 II, S. 505). Vgl. eingehend zu den verschiedenen politischen Initiativen zur Gründung universell tätiger Gerichte (und deren Scheitern) im 20. Jahrhundert *Katzenstein*, *Harv. Int'l L. J.* 55 (2014), 151 ff. Hierzu auch schon *Tomuschat*, in: *Mosler/Bernhardt* (Hrsg.), *Judicial Settlement of International Disputes*, 1974, S. 285, 400 ff.

Für eine Vielzahl der nach 1989 gegründeten Gerichte ist vielmehr prägend, dass sich in ihnen aus der Nachkriegsära bekannte Strukturmerkmale internationaler Gerichte perpetuieren.¹² Dazu zählt maßgeblich ihr regionaler Zuschnitt und eine inhaltliche Ausrichtung an klassisch-liberalen Staateninteressen, allen voran der Liberalisierung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.¹³ In jüngerer Zeit errichtete internationale Gerichte setzen vor diesem Hintergrund eine Tradition fort, die mit dem Europäischen Gerichtshof in den 1950er Jahren begründet wurde. Das Scheitern der kommunistischen Alternative zum westlichen Modell einer am Kapitalismus ausgerichteten liberalen und demokratischen Ordnung und der damit verbundene „Triumph“¹⁴ des marktwirtschaftlichen Paradigmas und der Lehren des Freihandels erklären die staatliche Bereitschaft, sich vermehrt in regionale Wirtschaftsintegrationsabkommen einzugliedern, in denen eine ständige Gerichtsbarkeit über die Einhaltung des vertraglichen Pflichtenprogramms wacht.¹⁵

Nicht nur für diese Phase des „neuen Regionalismus“, die zu Beginn der 1990er Jahre eingeläutet wurde,¹⁶ sondern auch für Integrationsprojekte, die vor Ende des Kalten Krieges ins Leben gerufen wurden, erweist es sich als regulatorische Gretchenfrage, ob ein Gericht als ständiger Spruchkörper etabliert wird und Individualklägern in der Sache umfassender direkter, staatsunabhängiger Zugang zu Gericht eröffnet wird. Das prozessuale Erstarren, das natürliche und juristische Personen in einigen regionalen Wirtschaftsintegrationsabkommen erlebten, konzentriert und beschränkt sich auf Integrationsprojekte auf dem europäischen, dem afrikanischen und dem amerikanischen Kontinent. Vergleichbare Judizialisierungsprozesse sind asiatischen und arabischen Regionalverbänden dagegen gänzlich fremd.¹⁷ Aber auch im institutionellen Rahmen des Nord-

¹² Das Scheitern universeller Friedensbemühungen, das der Zweite Weltkrieg vor Augen geführt hatte, hatte insbesondere in Europa und in Lateinamerika Raum für die Gründung von regionalen Staaten- und Rechtsverbänden geschaffen. Speziell die Gründung des Europäischen Gerichtshofs (1952), des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (1958), des Benelux-Gerichtshofs (1974), des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (1979) und des Andengerichtshofs (1984) fallen in diese Zeit.

¹³ Wie die Detailanalyse des Zweiten Teils illustrieren wird, wurden diese jedoch verstärkt auch durch völkerrechtliche Ordnungsprinzipien flankiert, wie dem Demokratie- und Rechtsstaatsgebot und der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten.

¹⁴ Romano, N.Y.U. J. Int'l L. & Pol. 31 (1998–1999), 709, 729.

¹⁵ Alter, The new Terrain of International Law, 2014, S. 116; *dies.*, in: Romano/Alter/Shany (Hrsg.), The Oxford Handbook of International Adjudication, 2014, S. 63, 87.

¹⁶ Zu den verschiedenen Phasen des Regionalismus *Fawcett*, in: Kössler/Zimmek (Hrsg.), Elements of Regional Integration, 2008, S. 15 ff.

¹⁷ Alter/Hooghe, in: Börzel/Risse (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Regionalism, 2016, 538. Bezugnehmend auf ASEAN assoziiert *Grimmel* in diesem Sinne mit dem Phänomen eines „neuen Regionalismus“ keineswegs ein *pooling* von Souveränitätsrechten auf supranationale Ebene, sondern vielmehr eine Rückkehr zu einer intergouvernementalen Ausrichtung von Zusammenschlüssen (*Grimmel/Rüland*, in: Grimmel/Jakobeit (Hrsg.), Regionale Integration, 2015, S. 19, 28 f.).

amerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA)¹⁸ oder dem des Gemeinsamen Marktes Südamerikas (MERCOSUR)¹⁹ ist die Entscheidungshoheit des betroffenen privaten Wirtschaftsteilnehmers über das „ob“ und das „wie“ individualrechtsschützender Verfahren in Handelsangelegenheiten entscheidend beschränkt und in verschiedener Form durch den Staat mediatisiert.²⁰ Der Umstand, dass auch der Gerichtshof der Benelux-Union natürlichen und juristischen Personen nicht offensteht, zeigt, dass die individualisierte Rechtsdurchsetzung auch auf dem europäischen Kontinent keineswegs bruchlos realisiert ist.²¹

Die partielle Zurückhaltung der Staaten, private Wirtschaftsteilnehmer mit der Durchsetzung handelsrechtlicher Regeln zu betrauen, ist mit der vitalen – und weltweit verbreiteten – Vertragspraxis zu kontrastieren, die Kontrolle des internationalen Investitionsschutzrechts durchaus an Individualkläger zu überantworten.²² Neben zahlreichen bilateralen Investitionsschutzverträgen sieht eine Vielzahl an multilateralen Abkommen, so beispielsweise auch Kapitel 11 NAFTA, das Recht privater Investoren vor, gegen den Gaststaat der Investition ein internationales Schiedsverfahren einzuleiten.²³ Belebende Effekt hatte das Ende des Kalten Krieges insoweit auch auf die praktische „Entdeckung“ des Investor-Staat Schiedsverfahrens²⁴ durch private Investoren, die seit Ende der 1990er Jahre das Ausmaß eines „Investment Arbitration Boom“²⁵ angenommen

¹⁸ „North American Free Trade Agreement“, in Kraft getreten am 01. Januar 1994, 32 ILM 1993, S. 289.

¹⁹ „Treaty establishing a Common Market (Asunción Treaty) between the Argentine Republic, the Federative Republic of Brazil, the Republic of Paraguay and the Eastern Republic of Uruguay“ vom 26. März 1991, UNTS Bd. 2140, S. 257.

²⁰ Vgl. den überblicksartigen Vergleich der Streitbeilegungsmechanismen in *Inter-American Development Bank*, *Beyond Borders*, 2002, 87 ff. (Charakterisierung von NAFTA und Mercosur als „minimalist institutional integration model“); *Krapohl/Dinkel/Faude*, *Judicial Integration in the Americas?*, 2009 (http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/13055/ssoar-2009-krapohl_et_al-judicial_integration_in_the_americas.pdf?sequence=1, zuletzt aufgerufen: 27.11.2019).

Vgl. jedoch zu den Plänen, die Streitbeilegung in MERCOSUR durch die Errichtung eines ständigen Gerichtshofs grundlegend zu reformieren und zu verrechtlichen, *Kühn Baca*, *AMDI XVII* (2017), 405 ff.

²¹ Zu dessen Zuständigkeit und Verfahren *Belkahl*, *Max Planck Encyclopedia of International Procedural Law: Benelux Court of Justice*, 2016 (<http://opil.ouplaw.com/home/MPIL>, zuletzt aufgerufen: 27.11.2019).

²² Auf diese Diskrepanz zwischen Handels- und Investitionsschutz wird eingehend unten unter Dritter Teil, 2. Kapitel, § 24 B., S. 603 ff. eingegangen.

²³ Dessen Reform durch das (noch nicht in Kraft getretene) „United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA)“ wird eine erhebliche Beschneidung von Investor-Staat-Schiedsverfahren mit sich bringen. Hierzu *Baldwin/Doria/Franco*, *The New NAFTA – the United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) Brings Future Changes to ISDS*, October 4 2018 (<https://globalarbitrationnews.com/the-new-nafta-20181004/>, zuletzt aufgerufen: 27.11.2019).

²⁴ *Braun*, *Ausprägungen der Globalisierung: Der Investor als partielles Subjekt im Internationalen Investitionsrecht*, 2012, S. 68.

²⁵ *Reinisch*, in: *Buffard/Crawford/Pellet u. a. (Hrsg.), International Law between Universalism and Fragmentation*, 2008, S. 107, 110.

hat. Obwohl die Etablierung der „gemischten Schiedsgerichtsbarkeit“,²⁶ an denen Staaten und Privatrechtssubjekte als Parteien beteiligt sein können,²⁷ bereits in den 1960er Jahren erfolgte und Investor-Staat Klauseln daraufhin in völkerrechtliche Investitionsschutzverträge integriert wurden, ließ der erste Schiedsfall bis zum Jahr 1990 auf sich warten und löste daraufhin eine Flut an investitionsschiedsgerichtlichen Verfahren aus.²⁸ Erneut erklärt der Zusammenbruch der Sowjetunion den Entwicklungstrend ab den 1990er Jahren. In dessen Folge wurde internationales Kapital mobilisiert, multinationale Unternehmen gewannen an wirtschaftspolitischem Einfluss und Entwicklungs- und Schwellenländer gerieten verstärkt unter Druck, ausländisches Privatvermögen zu attrahieren und zu diesem Zweck eine Individualisierung und Internationalisierung der Streitbeilegung zu akzeptieren.²⁹

Die Gunst der Stunde, der Reformgeist, der nach Ende des Kalten Krieges die Gründung internationaler Gerichte und den prozessualen Bedeutungszuwachs von Individualklägern beflügelte, scheint unter den gegenwärtigen Vorzeichen eines weltweit grassierenden politischen und ökonomischen Nationalismus in weite Ferne gerückt.³⁰ Nicht nur die internationale Gerichtsbarkeit, sondern in einem grundlegenden Sinne auch der liberale Internationalismus als völkerrechtliche Ordnungsidee ist politischen Rückschlägen verschiedener Art ausgesetzt.³¹ Dessen ungeachtet lebt das, was nach Ende des Kalten Krieges in Gang gesetzt wurde, weitgehend ungebrochen in der Praxis fort: Investitionsschieds-

²⁶ Tietje, in: Marauhn (Hrsg.), Streitbeilegung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, 2005, S. 47, 48.

²⁷ Im Jahr 1965 wurde die ICSID-Konvention („Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten“ vom 18. März 1965, UNTS Bd. 575, S. 159, BGBl. 1969 II, S. 369) verabschiedet. Eingehend hierzu unten unter Erster Teil, 3. Kapitel, § 8 B., S. 436 ff.

²⁸ Newcombe, 20 Years of Investment Treaty Jurisprudence, June 27 2010 (<http://kluwerarbitrationblog.com/2010/06/27/20-years-of-investment-treaty-jurisprudence/>, zuletzt aufgerufen: 27.11.2019).

²⁹ Van Harten, RIPE 12 (2005), 600, 608.

³⁰ Hierzu Madsen/Cebulak/Wiebusch, Int J Law Context 14 (2018), 197, 217; vgl. ferner die Ansätze zur wissenschaftlichen Erfassung des Phänomens in Rovira Kaltwasser/Taggart/Ochoa Espejo u. a. (Hrsg.), The Oxford Handbook of Populism, 2017. Diese Einschätzung gilt indes nicht ausnahmslos, wie das Beispiel des Integrationsverbundes MERCOSUR beweist, in dem gegenwärtig zur Diskussion steht, die Streitbeilegung durch die Errichtung eines ständigen Gerichtshofs grundlegend zu reformieren und zu verrechtlichen (vgl. Kühn Baca, AMDI XVII (2017), 405 ff.).

³¹ Anne Peters erkennt darin einen Rückgang der Humanisierung des Völkerrechts: „The trend of ‚humanization‘ of international law (...) may have slowed down or stopped, while State sovereignty may have become more important again.“ (Peters, Beyond Human Rights, 2016, S. xiii).

Zu diesem Phänomen auch Posner, Ariz. St. L.J. 49 (2017), 795 ff., der durch diese Ereignisse diejenige Völkerrechtsdoktrin bloßgestellt sieht, die die fortschreitende, stringente Ausbreitung des Völkerrechts und damit einhergehende Erosion staatlicher Souveränität als „ausgemachte Sache“ sah. Dieser Aspekt – die „Krisensituation“, der sich die internationale Gerichtsbarkeit ausgesetzt sieht – wird im Schluss erneut aufgegriffen.

gerichte, ebenso wie regionale Wirtschaftsgerichte, deren Gründungen in die Zeit vor der aktuellen Rückbesinnung auf staatliche Souveränitätsbelange fallen, entscheiden aufgrund des Klageengagements natürlicher und juristischer Personen beständig über Streitigkeiten, deren Lösung die Ausformung des internationalen Wirtschaftsrechts nachhaltig prägt. Die Studie geht diesem Phänomen nach und rückt neben den in der Literatur vielfach behandelten Gerichten, wie dem EuGH oder internationalen Investitionsschiedsgerichten, auch die weitaus weniger beachteten gerichtlichen „Stars der Narrative“, die Individualklägern in Europa, Afrika und Amerika offenstehen, in den Fokus.

B. Forschungsagenda

I. Erkenntnisinteresse

Das Erkenntnisinteresse der Studie bezieht sich auf den Status, den natürliche und juristische Personen in ihrer Eigenschaft als internationale Individualkläger im gegenwärtigen Wirtschaftsvölkerrecht genießen, sowie auf die Reichweite ihrer prozessualen Ermächtigung. Grundlage der Statusbeschreibung ist ein systematisierender Vergleich des Individualzugangs zu Gericht, der natürlichen und juristischen Personen im Wirtschaftsvölkerrecht eröffnet ist.

Das Ausmaß der prozessualen Ermächtigung natürlicher und juristischer Personen lässt sich nicht alleine anhand einer vergleichenden Detailanalyse des Individualzugangs zu Gericht, wie er sich aus völkervertraglichen Individualklagerechten und gerichtlichen Zuständigkeitsregeln konstituiert, sprich: der Rechtslage *de lege lata*, herleiten. Die Reichweite der wirtschaftsvölkerrechtlichen Klagemacht des Einzelnen gewinnt sich erst aus dem dynamischen Zusammenspiel zwischen geschriebenem Völkervertragsrecht und dessen Auslegung und Ausdifferenzierung in der Rechtsprechung internationaler Spruchkörper.³² Im Bewusstsein der – durch die jüngere „Populismuskrise“ des Völkerrechts vor Augen geführten – Reversibilität einmal erreichter internationaler Judizialisierungserfolge macht die Analyse hier nicht Halt. Sie bezieht vielmehr auch staatliche Gegenreaktionen in die Betrachtung ein. Gemeint sind solche Maßnahmen, mit denen Staaten die gerichtliche Ausgestaltung des Individualzugangs zu Gericht politisch bestätigen; gemeint sind jedoch insbesondere auch solche Maßnahmen, mit denen die betroffenen Staaten Grund und Grenze ihrer Unterwerfung zum Ausdruck bringen und eine Rückkoppelung der Rechtsprechung an den politischen Willen und den Staatenkonsens als formelle Legitimationsbasis einfordern.³³ Hier liegt das Potenzial für sog. *political*

³² „Ein Gesetz ist ohne die zugehörige Rechtsprechung nur wie ein Skelett ohne Muskel.“ *Rabel*, in: Zweigert/Puttfarcken (Hrsg.), *Rechtsvergleichung*, 1978, S. 85, 88.

³³ Zur Relevanz der „Lebenswirklichkeit“ in rechtsvergleichenden Arbeiten *Zweigert/Kötz*, *Einführung in die Rechtsvergleichung*³, 1996, S. 4.

backlashes, d. h. für Folgeaktionen der beteiligten Staaten, welche die prozessuale Macht des Individualklägers, seinen internationalen Rechtsschutz und die völkerrechtliche Rechtsdurchsetzung eigeninitiativ zu betreiben, nachträglich wieder beschränken.

Zu fragen ist also: Aus welchen Motiven eröffnen Staaten natürlichen und juristischen Personen Zugang zu internationalen Gerichten? Welche Funktionen übertragen sie ihnen dabei und wie weit reicht die prozessuale Ermächtigung als Ausdruck einer von staatlicher Seite angestoßenen Autonomisierung des Individualklägers? Wie entwickelt der internationale Spruchkörper die im Klagerecht verkörperte staatliche Funktionszuweisung an Individualkläger in seiner Spruchpraxis weiter – und wie reagieren Staaten ihrerseits auf die in der Rechtsprechung herausgebildeten Rechtsschutzmodelle? Eine derart umfassende Bestandsaufnahme des prozessualen Status, den der Einzelne im Wirtschaftsvölkerrecht innehat, leistet der gegenwärtige Stand der Forschung nicht.³⁴

Der Erkenntnisgewinn, den die Studie damit generiert, ist von verschiedenartiger Relevanz: Der Vergleich macht transparent, aus welchen Motiven, in welchen Kontextbedingungen und in welchem Umfang Staaten in wirtschaftsvölkerrechtlichen Angelegenheiten bereit waren, ihre souveräne Entscheidungshoheit über das „ob“ und „wie“ der Streitbeilegung preiszugeben und Individualklägern Zugang zu einem internationalen Gericht zu gewähren. In dieser Hinsicht sind die Forschungsergebnisse für (vornehmlich) politikwissenschaftliche Anschlussforschung von Interesse, die aus einer rechtspolitischen Warte regulatorische Gestaltungsmöglichkeiten reflektiert und sich mit den Erfolgsbedingungen internationaler Judizialisierungsprozesse auseinandersetzt.³⁵

³⁴ Rechtsgebietsspezifisch wird der Individualzugang zu Gericht in unterschiedlicher Tiefe bereits behandelt – zum Teil umfassend (hier sticht der breite Fundus an Literatur zur Individualnichtigkeitsklage im Unionsrecht hervor), zum Teil nur am Rande (hier sticht die marginale Bedeutung der Individualnichtigkeitsklage in der Literatur zum EFTA-Gerichtshof hervor).

³⁵ Anschluss findet die Studie an einen Diskurs an der Schnittstelle zwischen Völkerrecht und Internationalen Beziehungen, der sich dem eingangs geschilderten Phänomen einer Proliferation internationaler Gerichte und Tribunale widmet und Fragen der Effektivität, Legitimität und der verschiedenen Funktionen internationaler Gerichte, auch im speziellen Zusammenhang der Klageermächtigung von nicht-staatlichen Akteuren, aufwirft. Vgl. hierzu beispielhaft *Alter*, *The new Terrain of International Law*, 2014; *Romano/Alter/Shany* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Adjudication*, 2014; *Shany*, *Assessing the Effectiveness of International Courts*, 2014. Überblicksartig zum gegenwärtigen Theorienstand *Alter/Hoogbe*, in: *Börzel/Risse* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Regionalism*, 2016, S. 538, 548–550. Vgl. zum faktischen Einfluss internationaler Gerichte die Beiträge im Sammelband von *Alter/Helfer/Madsen* (Hrsg.), *International Court Authority*, 2018, die sich mit den kontextgebundenen (gerichtlichen, rechtlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen) Erfolgsbedingungen eines Wandels von einer „formal de jure authority“ zu einer „de facto legal authority“ beschäftigen (*Alter/Helfer/Madsen*, in: *Alter/Helfer/Madsen* (Hrsg.), *International Court Authority*, 2018, S. 3 ff.).

Anschluss findet die Studie ferner an Arbeiten, die sich aus einer vergleichenden Perspektive dem Phänomen regionaler Integration widmen, vgl. hierzu nur beispielhaft *Closa/Casi-*

Der Vergleich gibt aber auch Aufschluss darüber, wie internationale Gerichte mit der staatlichen Bereitschaft, Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz zu entpolitisieren und zu entstaatlichen, in ihrer Spruchpraxis umgehen; ob sie die Klagemacht natürlicher und juristischer Personen in der Tendenz ausweiten oder aber restringieren, staatliche Souveränitätsbelange dabei aufgreifen oder aber marginalisieren – und mit welchen Auslegungsmethoden und argumentativen Topoi dies geschieht. Indem neben einer Rechtsprechungsanalyse auch staatliche Reaktionsformen in den Blick genommen und systematisiert werden, liefert die Studie detailreiches Anschauungsmaterial für jenen Völkerrechtsdiskurs, der sich mit der legitimationsbedürftigen „öffentlichen Gewalt“ auseinandersetzt, die von internationalen Gerichten ausgeht.³⁶

Das Erkenntnisinteresse, das die Studie im Kern antreibt, ist indes rein individualzentriert: Sie sieht in der Bereitschaft, privaten Wirtschaftsteilnehmern Zugang zu einem internationalen Gericht zu eröffnen, eine Teilfacette „der neuen völkerrechtlichen Stellung“³⁷ des Einzelnen, weil natürliche und juristische Personen mit Funktionen ausgestattet werden, die sich Staaten in einem tradierten Sinne selbst vorbehalten hatten.³⁸ Dies gilt als Grundannahme unabhängig davon, dass sich das Phänomen einer prozessualen Autonomisierung des Einzelnen aus einer völkerrechtlichen Gesamtperspektive nicht nur hinsichtlich der erfassten Rechtsgebiete,³⁹ sondern auch mit Blick auf die geografische Verteilung der Streitbelegungsinstanzen und deren praktische Bedeutung nach wie vor als disparat erweist.⁴⁰ Innerhalb des Gesamtsystems der gerichtlichen Streitbeilegung haben Individualkläger die Staaten aus ihrer überkommenen Rolle als Herren des Verfahrens verdrängt, die ihnen vor internationalen Ge-

ni/Sender, Comparative Regional Integration, 2016, oder solchen, die sich der Funktion und Rolle von Streitbelegungsorganen in Internationalen Organisationen widmen (vgl. hierzu beispielhaft *Ruffert/Walter*, Institutionalisiertes Völkerrecht², 2015, 121 ff.).

³⁶ Zum Begriff der „öffentlichen Gewalt“, die von internationalen Gerichten ausgeht, und zu „Wegen demokratischer Legitimation“ v. *Bogdandy/Venzke*, In wessen Namen?, 2014, 215 ff., *dies.*, ZaöRV 70 (2010), 1, 26 ff.; vgl. ferner v. *Ungern-Sternberg*, Demokratie und Völkerrecht – Zur demokratischen Legitimation nationaler und internationaler Rechtserzeugung, Habil., München, 2015, 389 ff.

³⁷ *Peters*, Jenseits der Menschenrechte, 2014, S. 481.

³⁸ Die Frage, ob auch juristische Personen des Privatrechts – rein profitorientierte Großunternehmen – zu den Akteuren gezählt werden können, die die Individualzentrierung des Völkerrechts ausmachen, wird im Dritten Teil der Studie eingehend diskutiert.

³⁹ Die disparate, punktuelle Natur einer prozessualen Ermächtigung des Einzelnen betrifft, wie im Dritten Teil der Studie ausgeführt, auch die Modalitäten der Streitbeilegung im internationalen Wirtschaftsrecht, das nicht nur mit Blick auf das Welthandelsrecht, sondern auch im Kontext handelsrechtlicher Regelungen in regionalen Freihandelsabkommen auf jene prozessuale Ermächtigung verzichtet.

⁴⁰ Vgl. zum völkerrechtlichen Status quo *Romano/Alter/Shany*, in: *dies.* (Hrsg.), The Oxford Handbook of International Adjudication, 2014, S. 3 ff.; vgl. auch die Erklärungsansätze für die Uneinheitlichkeit des Judizialisierungsprozesses bei *Helmedach*, in: Zangl (Hrsg.), Auf dem Weg zu internationaler Rechtsherrschaft?, 2009, S. 267, 277 ff.

richten des alten Stils, wie dem IGH, nach wir vor zufällt: Die Zahl der internationalen gerichtlichen Instanzen, die auch natürlichen und juristischen Personen offenstehen, übersteigt zwischenzeitlich die Zahl derer, deren Zuständigkeit auf die Streitbeilegung zwischen souveränen Staaten beschränkt ist.⁴¹ Im Gegensatz zu vergleichsweise gerichtsscheuen Staaten⁴² nutzen natürliche und juristische Personen ihre internationale Klagemacht aktiv und reizen dabei die völkervertraglichen Grenzen, anhand derer die beteiligten Staaten den Zugang zu Gericht konturiert hatten, aus. Art und Ausmaß, in dem sich die internationale (schieds-)gerichtliche Streitbeilegung und Rechtsdurchsetzung im Wirtschaftsvölkerrecht aufgrund der staatlichen Vertragspraxis, aufgrund des Klageengagements natürlicher und juristischer Personen und aufgrund der Spruchpraxis internationaler Gerichte entstaatlicht und entpolitisiert und an den Rechten und Interessen privater Wirtschaftsteilnehmer ausrichtet, beeinflusst die Stellung des Einzelnen als – zunehmend auch in prozessualer Hinsicht – autonomes Subjekt des Völkerrechts.

Mit Blick auf „einfache“ völkerrechtliche Normen, die speziell natürliche Personen auch „jenseits der Menschenrechte“⁴³ unmittelbar als Berechtigte oder völkerstrafrechtlich Verpflichtete adressieren, ist der völkerrechtliche Status des Einzelnen umfassend behandelt worden.⁴⁴ Die Frage, welche völkerrechtstheoretischen Implikationen aus der skizzierten prozessualen Autonomisierung resultieren, die natürlichen *und* juristischen Personen „jenseits der Menschenrechte“ zukommt, ist hingegen weitgehend unerforscht.⁴⁵ Diese Frage motiviert die Studie. Anhand der Detailbetrachtung von staatlicher und gerichtlicher Praxis sollen die Funktionen abstrahiert, systematisiert und kritisch reflektiert werden, die internationale Individualkläger im Wirtschaftsvölkerrecht in ihrer Eigenschaft als Rechtsschutzsuchende und als Mitgestalter des wirtschaftsrechtlichen Ordnungsrahmens innehaben.

II. Gegenstand und Aufbau der rechtsvergleichenden Analyse

Im Zentrum der Studie (*Erster Teil*) steht die Detailanalyse des Individualzugangs zu ständigen Gerichten im internationalen Wirtschaftsrecht. Das 1. Kapitel erfasst Systeme regionaler Wirtschaftsintegration, die natürliche und juristische Personen mit einem Direktklagerecht ausstatten. Die Wahl der Systeme

⁴¹ Vgl. die Auflistung bei *Alter*, CPS 39 (2006), 22, 25 ff.

⁴² Vgl. zum sog. „Glashausphänomen“ den Fließtext auf S. 646 um Fn. 164.

⁴³ *Peters*, *Jenseits der Menschenrechte*, 2014; *Peters*, *Beyond Human Rights*, 2016.

⁴⁴ Vgl. nur *Peters*, JöR 59 (2011), 411 ff.; *dies.*, *Jenseits der Menschenrechte*, 2014, S. 1; *Parlett*, *The Individual in the International Legal System*, 2011; *Hafner*, RdC 358 (2011), 265 ff.; *Kjeldgaard-Pedersen*, *The International Legal Personality of the Individual*, 2018.

⁴⁵ In den vorgenannten wissenschaftlichen Abhandlungen wird die prozessuale Ermächtigung des Einzelnen durchaus erfasst und rechtsgebietspezifisch thematisiert; sie liegt jedoch nicht, wie in dieser Studie, im Fokus einer rechtsvergleichenden Auseinandersetzung.

Sachverzeichnis

- Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker, *siehe* Banjul-Charta
- Afrikanischer Gerichtshof für Menschenrechte und die Rechte der Völker 663 f.
- Andengemeinschaft 384–390, 531, 533 f.
– Rechtsordnung 397 f.
- Andengerichtshof 2, 11, **384–398**, 531, 533 f.
– Entstehungsgeschichte 387–389
– Grund- und Menschenrechtsschutz 397
– Klagebefugnis 392 f., 396 f., 533 f.
– Nichtigkeitsverfahren 391–393, 395–397, 533
– Reform 395–398
– Untätigkeitsverfahren 396
– Vertragsverletzungsverfahren 391, 393–397, 533 f.
– Vorabentscheidungsverfahren 391, 396–398
– Vorlagepflicht 396
- Auslegung, gemeinschafts-, unionsrechtskonforme 365, 370, 549 f., 557, 559 f., 580, 662
- Auslegung, klägerfreundliche, *siehe pro homine*-Grundsatz
- Backlash 7 f., **662–666**
- Banjul-Charta 249, 251–253, 275, 301, 313, 320, 329, 562, 564, 612 f.
- Benelux-Gerichtshof 2, 4 f.
- BIT, *siehe* Investitionsschutzrecht
- Caribbean Court of Justice 339, **342–370**, 526, 531–532, 539, 542–547, 560 f., 563, 565, 568, 616 f.
– *appellate jurisdiction* 340, 342, 367
– Entstehungsgeschichte 334 f., 338–342, 526
- Grund- und Menschenrechtsschutz 343, 366 f., 369
– Klagebefugnis 343 f., 360–365, 532 f., 543
– Klageberechtigung 343–354, 532, 668
– Klagegegenstand 345 f., 355, 359, 532, 542
– Klagegegner 355–359, 542
– Nichtigkeitsverfahren 355, 357 f.
– Prüfungsumfang, eingeschränkter 359 f.
– *special leave phase* 343 f., 346–350, 361 f., 368, 532
– *ultra vires*-Kontrolle 344, 355, 358 f., 368, 369, 532
– Untätigkeitsverfahren 355
– Vertragsverletzungsverfahren 342, 355, 369, 532,
– Vorabentscheidungsverfahren 339
– Zulässigkeitsprüfung 344–346, 348 f., 532, 544 f.
- CARICOM 11, **331–342**, 526
– Rechtsordnung 363–365, 370
– Streitbeilegung 333, 338 f., 526
- CETA 472 f., 481
- COMESA 11
- Diplomatischer Schutz 344, 373, 425, 428, 433, 436, 438, 440–443, 450, 474, 502–504, 523 f., 532 f., 604
– *siehe auch* Mediatisierung
- Drittwirkung, unmittelbare, *siehe* Menschenrechte
- EAC 11, **227–231**, 243–246, 253–257, 525, 531, 535 f., 547, 569–575, 637
– Streitbeilegung 257–263

- EAC Court of Justice 229, **231–263**, 539, 541, 543, 544, 546, 547, 561, 562, 565, 570–575
- *siehe auch local remedies rule*
 - *siehe auch public interest litigation*
 - Akteur, politischer 255–257
 - Entstehungsgeschichte 228f., 231f.
 - Grund- und Menschenrechtsschutz 232, 237, **249–256**, 260, 263, 562, 574f.
 - Handels- und Investitionsrecht 257–262
 - Klagebefugnis 234–238, 535
 - Klagegegenstand 229, 234f., **238–240**, 250–253, 255, 263, 541
 - Nichtigkeitsverfahren 229, 234f., 535
 - Reform 243–249, 253–257, 571–573
 - Vertragsfassungsvergleich (Tabelle) 247
 - *ultra vires*-Kontrolle 535
 - Vertragsverletzungsverfahren 229, 234f., 237, 255, 536, 541
 - Vorabentscheidungsverfahren 229, 241
 - Zulässigkeitsprüfung 232, 240–243, 246–249, 543f., 546
- ECOWAS 11, **285–290**, 387f., 528, 530f., 574
- ECOWAS Community Court of Justice **290–330**, 387f., 530f., 550f., 553–559, 561f., 564, 574
- *siehe auch local remedies rule*
 - *siehe auch public interest litigation*
 - Akteur, politischer 296f.
 - Entwicklungsgeschichte 290–292, 296–298
 - Grund- und Menschenrechtsschutz 296–322, 327–330, 530, 561f., 574
 - *inherent jurisdiction* 294, 305–307
 - Klagebefugnis 322–326, 328, 553f.
 - Klagebefugnis – *siehe auch* Plaumann-Formel
 - Klageberechtigung 293–296, 303–309
 - Klagefrist 310–312
 - Klagegegenstand 298–302, 322–324, 326
 - Kooperationsbeziehung 292, 315–321, 329f., 556, 559
 - Nichtigkeitsverfahren 301f., 322–324, 328, 531
 - Popularklage 309f.
 - Reform 296–302, 326–328
 - Vertragsfassungsvergleich (Tabelle) 298–300
 - Vertragsverletzungsverfahren 301f., 320f., 530
 - Vorabentscheidungsverfahren 301, 322, 330, 557, 559
 - Vorlagepflicht 301, 557
 - Zulässigkeitsprüfung 302f., 310–320, 326
- Effektivitätsprinzip 64f., 67f., 114–116, 119f., 167f., 171f., 174–176, 198, 559, 618
- effet utile*-Grundsatz 64, 110, 191, 446
- EFTA 177–184, 332
- Rechtsordnung 196–198
- EFTA-Gerichtshof **180–218**, 515f., 521f., 550f., 553–559, 561, 563, 565, 573f.,
- Entstehungsgeschichte 180f.
 - Grund- und Menschenrechtsschutz 185–190, 201
 - Homogenität, verfahrensrechtliche 206–208, 213f., 216–218
 - Klagebefugnis 205–213, 553f.
 - *siehe auch* Plaumann-Formel
 - Klagegegenstand 204–206
 - Nichtigkeitsverfahren 181, 186, 203–206
 - Untätigkeitsverfahren 181
 - Verhältnis zum EuGH 183f.
 - Vertragsverletzungsverfahren 181, 522
 - Vorabentscheidungsverfahren 181, 195–203, 216–218, 557
 - Vorlagepflicht 195, 200f., 557
- EMRK 114, 128, 130, 138f., 167f., 186–190, 201f., 216, 254, 317f., 341, 563
- EuG 92–94, 106f., 117f., 136, 159–164
- EuGH 2, 23f., **25–177**, 183f., 209–213, 217f., 295f., 316, 322, 324f., 361f., 365, 383, 385, 387f., 397f., 415f., 418, 512–515, 518–522, 539–543, 545f., 550–556, 558, 561f., 565–567, 570f., 573, 588, 616, 636f.
- Grund- und Menschenrechtsschutz 114, **124–128**, 132–134, 136, 156
 - Kooperationsbeziehung 92, **112–114**, 123, 173, 175f., 556, 559

- Nichtigkeitsverfahren 25, 35–41, 43–68, 80–87, 91 f., 93–108, 118–124, 142–172, 174–176, 518–521, 539–541, 542 f., 552–555, 571
 - Klagebefugnis 51–57, 68, 85 f., 100–103, 105–108, 115, 117, 119, 121–124, 166 f., 174 f., 542 f., 553–555
 - *siehe auch* Plaumann-Formel
 - Klagegegenstand 45–51, 67 f., 85–87, 94–99, 104–107, 122, 159–166, 174–176, 540 f., 552, 555, 567
 - Vertragsfassungsvergleich (Tabelle) 82, 142
- Normenkontrolle, inzidente 87–89, 175
- Sanktionsklage 41–43, 87–89
- Untätigkeitsverfahren 36–38, 41, 50, 89–91
- Verhältnis zum EFTA-Gerichtshof 183, 184
- Vertragsverletzungsverfahren 37, 82, 90 f.
- Vorabentscheidungsverfahren 35, 57, 62, 92, 108–110, 112–114, 116 f., 123, 169, 175 f., 191, 217 f., 556–559
- Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, *siehe* Eurasische Wirtschaftsunion
- Eurasische Wirtschaftsunion 11, 218–227, 523, 526–528, 539, 565, 570, 572, 575
 - *siehe auch* Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
- Gerichtshof der ~ 11, 218, 222–227, 539, 545, 565, 572
- Individualklagerecht 224 f.
- Rechtsordnung 223
- Vorabentscheidungsverfahren 223, 226, 572
- Europäische Atomgemeinschaft 44, 69, 71, 74, 76, 92, 107
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 23, 25–68, 75–79, 84, 108 f., 125–127, 157, 512–515, 519, 539–543, 570 f., 621
 - Vertrag über die Gründung der ~ als *traité loi* 75, 89, 101, 127, 514
- Europäische Union 11, 16, 23–25, 128–177, 402, 518–521, 558, 588 f., 600
 - *siehe auch* EuGH
- *siehe auch* Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- *siehe auch* Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
 - Amsterdam, Vertrag von 25, 92 f., 95, 121
 - Freihandelsabkommen 1 f., 12 f., 153, 432 f., 472 f., 480 f., 487, 573
 - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 135, 137, 141 f., 151–156
 - Grundrechtecharta 117, 128, 130, 132, 136–139, 156 f., 167 f., 171 f., 187–190, 562, 574, 600
 - Lissabon, Vertrag von 23, 25, 92 f., 128–159, 162 f., 166–173, 176 f., 203 f., 207 f., 217, 394, 519–521, 553, 555, 562, 566 f.
 - Maastricht, Vertrag von 25, 93, 95, 121, 128, 135, 573
 - Modellcharakter 16, 23–25, 180 f., 268–270, 289 f., 295 f., 316, 322, 330, 334, 381, 385, 388–391, 393 f., 408, 421
 - Nizza, Vertrag von 25, 93, 95, 121, 135, 142 f., 153 f.
 - Rechtsordnung 65–67, 616
 - Rechtsschutzgarantie, Entwicklungsverlauf der (Grafik) 173
 - Römische Verträge 25, 74, 78 f., 101 f., 519 f.
 - Verfassungsvertrag 93, 122, 128–137, 139–141, 144–152, 154–158, 162 f., 165–167, 176,
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 24, 44, 69–128, 174–176, 190 f., 332, 512, 514 f., 518–519, 550, 570, 616
 - Vertrag als *traité cadre* 74–80, 89, 101, 108 f., 127, 175, 514
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2, 186 f., 216, 317, 329, 363, 385, 418, 489, 563, 664
- Europäischer Wirtschaftsraum 11, 177–218
 - *siehe auch* EFTA
 - EuGH Gutachten 1/91 180, 190–192, 198
 - Gerichtshof 180
 - Rechtsordnung 182 f., 192 f., 196–199, 215 f.

- fair trial*-Grundsatz 374, 613 f.
- Funktionen von Individualklägern/
-klagerechten 9 f., 501 f., 516, 518, 523,
527, 528 f., 535, 539 f., 548–550, 551,
558–560, 561, 567 f., 569 f., 579–582,
587, 609 f., 633
- Gemeinsame Außen- und Sicherheits-
politik, *siehe* Europäische Union
- Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
219 f., 526
- *siehe auch* Eurasische Wirtschafts-
union
- Grundrechte, *siehe* Menschenrechte
- Grundrechtecharta, *siehe* Europäische
Union
- Homogenität, verfahrensrechtliche, *siehe*
EFTA
- ICSID 13, 415, 433, 436–445, 447–449,
454 f., 457–465, 469, 474, 476–478, 493,
523 f., 547 f., 611, 615 f.
- Individualismus, legitimatorischer 624–
632, 634–654, 656, 667 f.
- *siehe auch* Paternalismus, legitimatori-
scher
- inherent jurisdiction*, *siehe* ECOWAS
Community Court of Justice
- Interamerikanischer Gerichtshof für
Menschenrechte 2, 383 f., 663 f.
- Internationaler Gerichtshof 2 f., 9 f., 28,
404 f., 408 f., 411 f., 439, 468, 503, 516,
624
- Internationaler Seegerichtshof 3, 12, 17,
403–430, 512 f., 515–518
- *siehe auch* Meeresbodenbehörde,
Internationale
- *siehe auch* Seerechtsübereinkommen
- *contractual disputes* 419–425, 429, 517
- Klagebefugnis 423 f.
- Meeresbodenkammer 3, 12, 17, 404 f.,
419, 422–424, 427, 429, 512 f., 515–518,
660
- Nichtigkeitsverfahren 421, 423
- *sponsoring* 425–430, 517
- Investitionsschutzrecht 1 f., 5–7, 12 f., 17,
431–497, 523 f., 528–530, 537 f., 544,
546–548, 550–551, 554 f., 564, 567,
570 f., 573, 579 f., 605 f., 647
- *siehe auch local remedies rule*
- *siehe auch Maffezini*-Rechtsprechung
- *siehe auch Salini*-Kriterien
- *abuse of rights* 479–481, 491, 550, 648,
666
- *siehe auch treaty shopping*
- Entwicklungsgeschichte 5–7, 436–440,
445–447
- Grund- und Menschenrechtsschutz
435, 482–492, 496 f., 530, 564, 573,
613–615
- Investition (Begriff) 446 f., 476–479,
493 f., 529 f., 580, 647
- Legitimationskrise 12 f., 431–436, 447,
474 f., 483–493, 496, 564, 635 f., 638
- Meistbegünstigungsklausel 451–473,
493–496, 544, 547, 550, 571, 580
- *right to regulate* 446 f., 484–488, 573
- Konsensprinzip, *siehe* Staatenkonsens
- Konstitutionalisierung 593
- Law and Economics* 605 f.
- Legalitätskontrolle, objektive 51,
381–382, 420 f., 506–509, 518 f.,
530–536, 548 f., 553, 560, 567 f., 571,
579 f., 587, 601 f., 633 f.
- *siehe auch* Popularklage
- *siehe auch public interest litigation*
- Lissabon, Vertrag von, *siehe* Europäische
Union
- local remedies rule* 524, 529 f., 536, 544 f.,
574
- EAC Court of Justice 235, 240–243,
248
- ECOWAS Community Court of
Justice 303, 312–315, 327 f.
- Investitionsschutzrecht 444 f., 450,
458, 474 f.
- SADC Tribunal 270, 275–277, 284
- Zentralamerikanischer Gerichtshof
373–375, 383
- Maastricht, Vertrag von, *siehe* EU
Maffezini-Rechtsprechung 451 f.,
454–460, 462–474, 494–496, 547 f., 666

- Mediatisierung 4 f., 30 f., 329 f., 345 f.,
 456 f., 502 f., 533, 604, 654 f.
 – *siehe auch* diplomatischer Schutz
 Meeresbodenbehörde, Internationale
 403 f., 406–408, 413–425, 429 f.,
 512–518
 – *siehe auch* Internationaler Seegerichtshof
 – Ermessensmissbrauch 420 f., 518
 – *excess of jurisdiction* 420 f., 518
 – Sekundärrecht 403 f., 417 f., 421, 426,
 513, 518
 Meeresbodenkammer, *siehe* Internationaler
 Seegerichtshof
 Meistbegünstigungsklausel, *siehe*
 Investitionsschutzrecht
 Menschenrechte 1 f., 539, 560–565,
 573–575, 582, 610–615
 – ~ als Allgemeine Rechtsgrundsätze
 594–600, 664, 665
 – Andengerichtshof 397
 – Caribbean Court of Justice 343, 366 f.,
 369
 – Drittwirkung, unmittelbare 485–487,
 496–497, 649 f.
 – EAC Court of Justice 232, 237,
 249–256, 260, 263, 562, 574 f.
 – ECOWAS Community Court of
 Justice 296–322, 327–330, 530, 561 f.,
 574
 – EFTA Gerichtshof 185–190, 201
 – EuGH 114, 124–128, 132–134, 136, 156
 – Investitionsschutzrecht 435, 482–492,
 496 f., 530, 564, 573, 613–615
 – juristischer Personen 303–309, 638–644
 – richterrechtliche Herleitung 124–128,
 138, 176, 185–190, 561 f., 573–575, 582,
 594–600
 – SADC Tribunal 272–274, 277, 280,
 283 f.
 – Zentralamerikanischer Gerichtshof
 374, 383 f.
 Montanunion / *siehe* Europäische
 Gemeinschaft für Kohle und Stahl
 NAFTA 4 f., 445 f., 459, 483, 491 f., 604
 NGO, *siehe* Zivilgesellschaft
 Nizza, Vertrag von, *siehe* EU
 OHADA 11, 285
 Organisation der Zentralamerikanischen
 Staaten 376–378, 380, 527
 – *siehe auch* Zentralamerikanischer
 Gerichtshof
 Parteifähigkeit, umfassende, Rechts-
 prinzip 609 f., 613, 615, 617, 633 f., 638,
 644, 646, 657 f.
 Paternalismus, legitimatorischer 654–
 656, 667 f.
 Plaumann-Formel 94 f., 99–103, 105,
 107 f., 117–119, 122–124, 143, 145 f., 159,
 166 f., 206–208, 217 f., 324–326, 328,
 361 f., 553 f.
 – ECOWAS Community Court of
 Justice 324–326, 328, 553 f.
 – EFTA-Gerichtshof 206–208, 210,
 217 f., 553 f.
 Popularklage 53 f., 58 f., 80, 236 f., 262,
 309 f., 381 f., 392 f., 507–509, 515 f., 543
 – *siehe auch public interest litigation
 pro homine*-Grundsatz 297, 374, 540,
 545, 583, 586, 600 f.
public interest litigation 235–238, 262,
 309 f., 328 f., 506 f., 543, 561, 579 f., 644 f.
 – *siehe auch* Popularklage
 Reaktion, staatliche (Grafik) 565
 Rechtsfortbildung 68, 141, 156, 224, 226,
 295, 305, 546 f., 557, 568, 572, 581, 594 f.
 – Legitimation 584, 587–594, 602, 667
 Rechtsvergleichung, funktionale,
 Methode 14 f., 18
 Rechtsweg, innerstaatlicher, *siehe local
 remedies rule*
res indicata 315–320
 Richterrecht 120, 124–128, 138, 169, 171,
 176, 184, 185–190, 191, 195, 208, 292,
 296 f., 303, 305, 312, 324, 327, 348 f., 370,
 557 f., 561 f., 567 f., 570 f., 573–575, 582,
 591, 609, 663, 666 f.
 – *siehe auch* Rechtsfortbildung
right to regulate, *siehe* Investitionsschutz-
 recht
 Römische Verträge, *siehe* Europäische
 Union

- SADC 11, 263–269, 526, 531, 536, 563, 569f., 575
- SADC Tribunal 268–285, 526, 536, 544, 561, 563, 565, 569f., 665
- *siehe auch local remedies rule*
 - Entstehungsgeschichte 268f.
 - Grund- und Menschenrechtsschutz 272–274, 277, 280, 283f.
 - Reform 277–281
 - Zulässigkeitsprüfung 275–277, 536, 544
- Salini-Kriterien 477–479, 494, 666
- Sanktionsklage, *siehe* EuGH
- Schadensersatzpflicht 110, 251f., 257f., 345, 355, 425, 426f., 532
- *siehe auch* Staatshaftung
- Schuman-Plan 25–29, 33f., 43, 204f., 513
- Seerechtsübereinkommen 17, 399–430, 512–518
- *siehe auch* Internationaler Seegerichtshof
 - *siehe auch* Meeresbodenbehörde, Internationale
 - Entstehungsgeschichte 399–406, 408–419
 - Streitbeilegung 400f., 404–406, 408
- SICA 11, 378–380, 384, 531, 534
- *siehe auch* Zentralamerikanischer Gerichtshof
 - Rechtsordnung 383
- smart sanctions* 152f.
- Staatenkonsens 7, 15, 17, 188, 443, 451, 461–468, 493–495, 547, 550–552, 555, 567f., 573f., 577f., 583–608, 621–624, 626f., 633, 647, 65–658, 665, 667
- impliziter ~ 595 f, 623
- Staatsabhängigkeit, *siehe* Mediatisierung, Internationaler Seegerichtshof (*sponsoring*)
- Staatshaftung 113, 176, 196–200, 213–215, 362, 558f., 580, 588, 662
- Subjekteigenschaft (natürlicher und juristischer Personen) 10, 110f., 190f., 198, 439, 486, 556f., 590, 615–632, 636f., 640, 667
- Supranationalität 16, 29–31, 505–510, 513–515, 519f., 527, 541, 557
- Andengemeinschaft 386, 390
 - CARICOM 337, 370
 - EAC 241
 - ECOWAS 286, 289f.
 - EFTA 184, 193, 198, 204f., 215
 - Eurasische Wirtschaftsunion 219f.
 - Europäische Union 29–31, 37, 42, 67, 73, 79f., 85, 111, 135f., 155
 - Zentralamerikanischer Gerichtshof 379f.
- Tiefsee – *siehe* Meeresbodenbehörde, Internationale
- traité cadre*, *siehe* Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- traité loi*, *siehe* Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- treaty shopping* 470f., 480f., 495
- TTIP 432f., 472f.
- ultra vires*-Kontrolle, *siehe* Caribbean Court of Justice, EAC Court of Justice
- Völkerrechtssubjektivität, *siehe* Subjekteigenschaft
- WTO-Streitbeilegung 268, 433, 505, 603–608
- Zentralamerikanischer Gerichtshof 11, 370–384, 387f., 527, 531, 533f.
- *siehe auch local remedies rule*
 - *siehe auch* Organisation der Zentralamerikanischen Staaten
 - *siehe auch* SICA
 - ~ von 1907 371–375, 383, 394f., 527
 - Entstehungsgeschichte 370–380
 - Grund- und Menschenrechtsschutz 374, 383f.
 - Klagebefugnis 380–383, 534
 - Nichtigkeitsverfahren 380, 534
 - Vertragsverletzungsverfahren 381
- Zivilgesellschaft 19, 228f., 237f., 239, 254, 256, 262, 277, 287f., 296, 309f., 327, 525, 546, 591, 593, 622, 637f., 644f., 648, 653
- *siehe auch public interest litigation*